

Aufruf

„aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken“

Offener Brief

an

Bischöfin Frau Dr. Margot Käßmann

von

Tristan Abromeit

vom 22. Januar 2002

oooooooooooo

Ergänzung

vom Dezember 2006

www.tristan-abromeit.de

(Text 24.3)

Inhaltshinweise	Seite
1. Der Impuls aus der Schublade	3
2. Gab es ein Echo?	3
3. Die Zeit bleibt nicht stehen	4
4. Warum kirchliche Adressaten?	4
5. Kluge Reaktion	4
6. Die durchgängige Formel	6
7. Gesprächsbedürfnis?	6
8. Aus Pädagogik der Unterdrückten	7
9. Von der theologischen Rechthaberei	8
10. Vorgedachtes wird durch Aktuelles ergänzt	8
11. Das Thema <i>Schulen</i>	9
12. Friedman und das Bildungsguthaben	10
13. Ivan Illich	11
14. Hartmut von Hentig	13
15. Wer war Illich?	16
16. Schulverweigerer	17
17. Es geht auch anderes!	19
18. Aus dem Zettelkasten	20
19. Negt und Kluge	20
20. Kirchentagsplakate	20
21. „Die Erde gehört dem Herrn“ / Bischof Kurt Scharf	21
22. Gott der Reichen	23
23. Gemeinsames von Pausewang und Scharf	26
24. Das Volk hat sich geändert und die Kirche?	26
25. Thesen der Hamburger Hauptpastoren	27
26. H.-J. Abromeit zu Israel und Palästina	28
27. Von der Schuld der Kirchen gestern und heute	29
28. Die vergessenen Christen	30
29. Einsatz des Christen für Gerechtigkeit	31
30. Wege zur Einmischung zeigen!	31
31. Ein Mut- und Muntermacher für die Demokratie	32
32. Meine Gedanken zum Muntermacher	34
33. Ökonomische Bedrohung und Entwicklung	36
34. Die Nachträge a) – d)	37 - 40

(Zinslast / Armut / Reichtum)

1. Der Impuls aus der Schublade

Mein Sohn Rasmus hatte mir eine Technik erklärt, die mir erlaubt, Texte direkt ohne Umweg über ein Texterkennungsprogramm als PDF-Datei für das Internet zu erstellen. Ich habe eine Reihe Titel unter „Texte / Arbeiten“ auf meiner Internetstartseite, die ich noch „auffüllen“ muß. Bei der Überlegung welchen Text ich als nächstes in Angriff nehmen sollte, blieb ich bei meinem Offenen Brief an Bischöfin Dr. Käßmann vom Januar 2002 hängen. Nun enthielt die betreffende Schublade aber nicht nur meine Druckvorlage aus 2002, sondern auch das Info-Material, daß ich vor und nach dem Januar 2002 zu diesem Thema gesammelt habe. Einen Teil davon habe ich bereits mit dem Offenen Brief als Anlage veröffentlicht. Jetzt war die Frage, ob ich die weiteren Papiere einfach beiseite legen oder einige auswählen und kommentieren sollte. Ich habe mich für die letztere Möglichkeit entschieden, weil ich so in gedrängter Form den Anschluß vom Januar 2002 an den November 2006 herstellen kann.

2. Gab es ein Echo?

Bevor ich auf die einzelnen Blätter, Artikel, Infos im Anhang eingehe, möchte ich die beim Leser sicher aufkommende Frage beantworten, ob denn dieser Offene Brief an die Bischöfin und die Mitempfänger vom Januar 2002 ein Echo ausgelöst hat. Na ja, ich müßte schon den Lautverstärker einschalten, um das Echo zu hören. Das wäre aber nur dann enttäuschend, wenn ich mehr erwartet hätte. Wer gesellschaftspolitische Themen so verarbeitet, wie ich es tue, der kann nur auf eine Wirkung im zweiten und dritten Glied der Funktionsträger im Staat, in den Verbänden und Kirchen hoffen. Beim Offenen Brief sind die Mitempfänger eigentlich die Hauptempfänger. Der genannte Adressat, die genannte Empfängerin ist meistens aufgrund der empfangenen Informationsflut gar nicht in der Lage, alles, was auf den Tisch kommt, zu verarbeiten. Ich gehe davon aus, daß meine (und die der vielen mir unbekanntem Mitstreiter für eine bessere Gesellschaft) Chance darin liegt, daß ich (und die Unbekannten) nicht dem Diktat der Sprachregelungen, der institutionellen Rücksichtnahme und der bürokratischen Vorgaben unterworfen bin. Daß also das, was ich (wir nicht Berufenen) schreibe(n), eine geistige Abwechslung für die Menschen in den verarbeitenden Bürokratien ist und sich so neue oder andere Gedanken in die Köpfe der Entscheidungsträger von morgen festsetzen. Aber auch dann, wenn meine „Mühe“ nur in der Ablage landet oder gar im Papierkorb, habe ich ja immer noch den Gewinn der Selbstverklärung und die Genugung in unübersichtlichen Zeiten nicht einfach zu kapitulieren. Ich weiß nicht warum, aber mir fällt der verstorbene Autor und

Redakteur Will Noebe ein, der in russischen Gefängnissen sitzend, nicht einmal einen Bleistift und Papier hatte und daher Gedichte, die er seinen Mitgefangenen vortrug in sein Gedächtnis schrieb. Ist meine Situation dagegen nicht goldig?

3. Die Zeit bleibt nicht stehen

Die Zeit ist seit dem Januar 2002 weitergegangen. Bischöfin, Frau Margot Käßman hat, wenn ich die Zeitungsmeldungen richtig in Erinnerung habe, eine Brustkrebstherapie hinter sich. Auch mir winkte der Sensemann schon zu. Vor rund einem Jahr wurden mir Bypässe ins Herz gesetzt. Dies wäre ja Anlaß genug, die persönlichen Belange zu ordnen und einen Beitrag für die Familiengeschichte zu produzieren. Es will mir aber nicht recht gelingen. Unsere Gesellschaft – als Schiff gedacht – scheint mir immer noch auf einem gefährlichen Kurs. Warum muß ich mich da immer noch mitverantwortlich fühlen? Haben wir keine Wahlfreiheit bei dem Gegenstand unseres Nachdenkens?

4. Warum kirchliche Adressaten?

Eine andere Frage ist, warum ich mich überhaupt an kirchliche Kreise bzw. an hauptamtliche FunktionsträgerInnen der Kirche wende, obwohl ich doch gar keiner Kirche angehöre. Nun, die Kirchen sind immer noch große Organisationen, die unsere Gesellschaft und unseren Staat mit prägen. Wichtiger ist aber, daß aus diesem Umfeld immer wieder Signale kommen, sich an der Findung von Problemlösungen für unsere Gesellschaft zu beteiligen und oft auch der innerkirchliche gute – wenn auch meisten hilfloser – Wille erkennbar ist, Beiträge dazu zu leisten. Damit meine Bemühungen aber nicht als Anbiederung mißverstanden werden, habe ich alte Flugblätter der Freigeistige Vereinigung Celle (Mitglied der Freireligiösen Landesgem. Niedersachsen) in den Anhang II zu diesem Nachtrag gestellt. Da in der Anschrift keine Postleitzahl verwendet wird, sind die Flugblätter wahrscheinlich vor dem März 1962 produziert worden. Das Anliegen der Freigeistigen Gemeinschaft sollte durchaus ernst genommen werden. Im gewissen Sinne sind die Flugblätter auch ein Spiegelbild des kirchlichen Agierens.

5. Kluge Reaktion

Meine Adressatin, die Bischöfin Frau Käßmann¹, hat auf meinen Offenen Brief klug

1 Ich habe sie hier im Nachtrag bewußt nicht persönlich angesprochen, damit sie sich nicht gedrängt fühlt, erneut zu antworten. Sie erhält aber selbstverständlich diesen Schriftsatz. Vielleicht enthält er ja Anregungen

reagiert. Sie teilt mir mit, daß sie einfach keine Zeit ² für die Verarbeitung meines Schriebes hat – was ich ja auch nicht erwartet habe – und schickt mir ihren damals aktuellen „Bericht von der 1. Tagung der 23. Landessynode der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers am 21. Februar 2002 ...“ Auf diese Weise konnte ich erfahren, was die Bischöfin damals gedanklich umtrieb. Bei dem Schreiben des Sekretärs des Bischofs von Hildesheim, Dr. Homeyer – der inzwischen aus seinem Amt ausgeschieden ist – hat mir eine solche Beilage gefehlt.

Ich zitiere jetzt Bischöfin Käßmann aus dem oben genannten Bericht. Zuerst aus der Gliederungsziffer

2. UNTERSCHIEDEN UND ENTSCHEIDEN

Der griechische Begriff *KRISES*, von dem unser Begriff der Krise und auch des Kritischen abgeleitet ist, bedeutet Scheiden, Unterscheiden, Entscheiden. Wer in kirchenleitender Verantwortung Zukunft gestalten will, wird deutlich zwischen den Bildern von Kirche, den Herausforderungen und der Realität unserer Kirche unterscheiden müssen. Und da gibt es neben dem Negativbild auch Positives, was allzu leicht aus dem Blick gerät: ...

Diese Aussage gilt auch für die Gesamtgesellschaft. Und jetzt:

5.5 Mutig in die Welt einmischen

Mir liegt ganz besonders daran, dass wir nicht selbstbezogen auf unsere kircheninternen Fragen starren, sondern als Kirche in der Gesellschaft einen Beitrag leisten. Gewalt, Armut, Globalisierung, Gentechnologie, Sterbehilfe - all die vielen Themen, die ich in den letzten Bischofsberichten aufgegriffen habe, sie gehen uns ja etwas an! In den kommenden Berichten werde ich das wieder besonders aufgreifen. Aus evangelischer Perspektive gibt es da nicht nur Fragen, sondern auch notwendige Antworten! Lassen Sie uns eine lebendige Kirche mitten in der Zeit sein, die sich einmischte in die Welt durch Menschen und durch Stellungnahmen. Das ist nicht immer bequem, das ist mir ganz persönlich bewusst, das erlebe ich sozusagen täglich auch als Anfechtung. Aber die gesellschaftliche und politische Dimension unserer Kirche gehört meines Erachtens zu unserem Auftrag in einer Welt, die wir als von Gott geschaffen verstehen. Wir sind Haushalterinnen und Haushalter, die Gott rechenschaftspflichtig sind.

für ihre Arbeit.

2 Auch wenn die Zeit für das verstehende Lesen reicht, reicht sie in der Regel nicht für wirkliche Antworten und Entgegnungen. Diese benötigte Zeit wird allenfalls für offizielle – werbende oder unumgängliche Stellungnahmen geopfert.

6. Die durchgängige Formel

Das Ein- und Mitmischen ist wohl eine durchgängige Formel der Bischöfin Käßmann, aber auch anderer kirchlicher Würdenträgern. Wir werden das auch noch aus anderen Textquellen schließen können. Die Gesellschaft muß und kann geändert werden. Die Frage ist nur das wie. Kommt man auf ausgetrampelttem Wege zu neuen Zielen, oder müssen neue Wege durch den Dschungel der Denkgewohnheiten und Institutionen gesucht werden. Ist das in wohl temperiertem Klima möglich oder müssen raue Winde mit Gewitter und Hagelschlag hingenommen werden.

7. Gesprächsbedürfnis?

Frau Käßmann merkt in ihrer Antwort auch an, daß ich ja Besucher der Evangelischen Akademie Loccum bin und empfiehlt dort Gesprächspartner zu suchen. Wenn gesellschaftliche Veränderungen nicht durch Straßenschlachten oder gar Bürgerkriege herbeigeführt werden sollen, dann muß natürlich das wesentliche Instrument der Veränderung das Gespräch sein. Mir persönlich geht es aber nicht um die Befriedigung eines Gesprächsbedürfnisses, sondern darum: 1. aufzuzeigen, wo aus meiner Sicht die gesellschaftlichen Mängel liegen und 2. Wege zu suchen, wie die Mängel überwunden werden können.

Die Akademien der Erwachsenenbildung, allen voran die Evangelischen Akademien haben nach meinem Eindruck seit der Wende – in der sie die Verfassungsbrüche nicht thematisiert haben – und nach der Entwicklung des Internets an Bedeutung verloren. Dieser Bedeutungsverlust muß nicht bleiben. Die Akademien müßten in die Lage versetzt werden, gesellschaftliche Probleme radikal zu erörtern und zwar ohne Rücksicht auf Kirche und Politik. Die Ausgewogenheit in den einzelnen Veranstaltungen erzeugt nur Langeweile. Ausgewogenheit kann allenfalls im Jahresprogramm eingefordert werden. Das Freiheitsgebot gebietet, daß auch Gott und die Demokratie in Frage gestellt werden dürfen. Ringt man sich zu dieser Freiheit durch, wird man erleben, daß Gott und die Demokratie nicht mehr mit Gleichgültigkeit bedacht werden.

8. Aus Pädagogik der Unterdrückten

Bei den Gedanken über das Gespräch ist mir wieder ein Zitat aus „Pädagogik der Unterdrückten“ von Paulo Freire in Erinnerung gekommen, das ich in den 70er Jahren verwendet habe:

Beim Versuch, den Dialog als menschliches Phänomen zu analysieren, entdecken wir, was das Wesen des Dialogs ausmacht: das Wort. Das Wort ist aber mehr als bloß ein Instrument, das den Dialog ermöglicht. Darum müssen wir seine konstitutiven Elemente ausfindig machen. Im Wort begegnen wir zwei Dimensionen: der «Reflexion» und der «Aktion» in so radikaler Interaktion, daß, wenn eines auch nur teilweise geopfert wird, das andere unmittelbar leidet. Es gibt kein wirkliches Wort, das nicht gleichzeitig Praxis wäre. Ein wirkliches Wort sagen heißt daher, die Welt verändern.

Aktion

} = Handeln = Praxis

Wort

Verzicht auf Aktion = Verbalismus
Verzicht auf Reflexion = Aktionismus

Mein Eindruck ist der, daß z. B. die Kirchen im Verbalismus und die Gewerkschaften im Aktionismus hängen geblieben sind. Der Eindruck des Verbalismus würde noch viel stärker sein, wenn er nicht durch kirchliche Sozialarbeit gemildert würde. Das ist für die Kirchen eine zweite Hypothek für die sie Zinsen zahlen muß in Form von Glaubwürdigkeitsverlust. Die erste Hypothek besteht darin, daß die Kirchen Glaubensbilder vermitteln wollen, die ihre Glaubwürdigkeit verloren haben. Und manchmal habe ich das Gefühl, daß der größte Teil der verbliebenen Gläubigen, ihre Gläubigkeit nur noch spielen – aus Tradition oder damit ihre Mitgliedschaft in ihrer Kirche als berechtigt angesehen wird. Das ist eine armselige Situation, da der Mensch mit seiner beschränkten Fähigkeit, durch Wissen die Welt zu deuten, auf einen Glauben angewiesen ist. Die Geschichten vom schwarzen Loch oder vom Urknall haben wenig Tröstliches.

9. Von der theologischen Rechthaberei

An dieser Stelle fiel bei mir ein Zettel zu Boden. Er muß in der Broschüre der Bischöfin gelegen haben. Ich will ihn den Lesern (Ich werde doch wohl ein paar haben.) nicht vorenthalten.

**Woher kommen sie,
die Richter der Inquisition
oder der theologischen
Lehrstühle,
die anderen Menschen die
Erkenntnis von
Wahrheit absprechen,
Menschen,
die möglicherweise mehr
von Gott
erfahren haben als sie?
Die theologische Rechthaberei
ist die einzige
wirkliche Irrlehre.**

JÖRG ZINK

10. Vorgedachtes wird durch Aktuelles ergänzt

Die Einfügung der Zeilen von Jörg Zink in meinen Text war nicht geplant. Ansonsten mache ich mir schon im Voraus Gedanken, wie die Bruchstücke fremder Gedanken mit den eigenen zu einem neuen Ganzen zusammenfügt werden könnten. Was dabei herauskommt, ist das Ergebnis meiner Art der Meditation. Aber häufig werde ich auch durch neue Eindrücke aus dem vorher gedachten Ablauf herausgeworfen.

Vorhin z.B. habe ich Tee gemacht. Weil meine Frau unserer Tochter noch half, mußte ich warten. Um die Wartezeit zu überbrücken, griff ich zu dem in Wunstorf erscheinendem Anzeigenblatt „Stadtanzeiger“ (vom 2./3. Dezember 2006). Nach wenigem Blättern blieben meine Augen bei folgenden Schlagzeilen hängen: „Finanzen, Ökumene und Strukturen / Viertägige Landessynode blickt auf finanzielle Defizite und auf neue ökumenische Abgrenzungen“ und im Kasten daneben: „Landeskirche lässt Verfassungsklage zum Sonntagsschutz prüfen“.

Im Kasten ist mir folgender Satz aufgefallen: „Käßmann: 'Die EKD ist immer dafür eingestanden, dass wir nicht politisch tätig sind, aber aus christlicher Verantwortung zu politischen Fragen Stellung nehmen.'“ Das ist eine Aussage, die man häufiger hö-

ren kann, die als selbstverständlich gilt und nicht hinterfragt werden braucht. Das ist ein Fehler: Da die Mitglieder der Kirchen parteipolitisch unterschiedlich orientiert sind, ist es – um eine Selbstzerfleischung zu vermeiden - schon notwendig, daß die Kirche sich parteipolitisch neutral verhält. Aber jedes Individuum, jede Organisation hat politische Wirkungen, egal, wie sie sich verhält, egal, was es bzw. sie will oder nicht will. Und wenn die Kirchen ihre Mitglieder und Nichtmitglieder aufrufen, sich in die Gesellschaft einzumischen, dann ist das ein hochpolitischer Akt. Und sowohl die Aufforderung zur und die Ausführung der Einmischung ist voll berechtigt. Unsere politischen Parteien haben sich ein Monopol auf die politische Willensbildung verschafft, das einfach verfassungswidrig ist. Aber eines sollten die Kirchen vermeiden, wenn sie sich bewußt werden, daß sie ein Teil der politischen Willensbildung sind, nämlich von der Spitze der Hierarchie ihren Mitgliedern vorzuschreiben, was sie politisch zu vertreten haben. In einem solchen Fall würden die Kirchen selber zu politischen Parteien und das wäre kein Gewinn für unsere Gesellschaft.

Und in dem Hauptbericht heißt es unter anderem: ... „Mit Anspielung auf die Türkei-reise des Papstes sagte sie: 'Teile der Orthodoxie und des römischen Katholizismus nähern sich einander an, meist bewusst unter Abgrenzung vom Protestantismus.'“

Mir viel gleich wieder eine empörte Äußerung meiner konfessionslosen Frau ein, als sie mit „Das gibt es doch nicht!“ die Nachricht im Fernsehen über die Begegnung zwischen dem Papst und den Patriarchen von Konstantinopel kommentierte. Papst und Patriarch wurden als Vertreter der beiden großen Kirchen vorgestellt und nicht als Vertreter zweier (von mehreren) großen Kirchen. Auch wenn die orthodoxe Kirchen l.t HAZ (Leitartikel „Der Brückenbauer) 300 Millionen Mitglieder hat, kann man als kritischer (nicht parteiischer) Berichterstatter doch nicht einfach andere großen Kirchen sprachlich eliminieren.

11. Das Thema *Schulen*

Bei den Einzelmaßnahmen, die geplant sind, wird die Übernahme von Schulen in evangelischer Trägerschaft genannt. Das ist wieder eine hochpolitische Forderung und in der Ausführung eine politische Aktion. Auch bei diesem Thema ist besondere Achtsamkeit erforderlich. Erstens ist es auf dem Hintergrund, daß wir eine Gesell-

schaft der Freien sein wollen, so, daß unser Bildungssystem eher im finsternen Mittelalter angesiedelt ist als in dem von Unterdrückungen emanzipierten Morgen. Und zweitens verlieren die Kirchen wieder an Glaubwürdigkeit, wenn sie nur um Privilegien für eigene Schulgründungen kämpfen würden. Konfessionell ausgerichtete Schulen sind auch nur dann sinnvoll und tragbar, wenn sie sich nicht als staatliche Ersatzschulen (mit ihren Zwängen) sondern als Alternativen in einer konkurrierenden Vielfalt von Schulen angeboten werden. Um diesen Weg zu beschreiten, kann auf viel gedankliche Vorarbeit zurückgegriffen werden.

12. Friedman und das Bildungsguthaben

Neulich las ich per Internet in der Berliner Zeitung, daß der Ökonom Milton Friedman gestorben sei. Milton Friedman ist für die einen der kapitalistische Teufel und für die anderen ein Götterbote der Freiheit. Ich habe jedenfalls die Nachricht vom Tode Friedman Senior über eine E-Mail-Liste weitergegeben. In Folge wurde diskutiert, was an neuen gesellschaftsrelevanten Gedanken Friedman zugeordnet werden kann. Es fiel das Stichwort *Bildungsguthaben*. Helmut Creutz aus Aachen meldete (sinngemäß) zurück. „Ich habe mich Anfang der 70er Jahre in meinem Buch 'Haken krümmt man beizeiten – Schultagebuch eines Vaters' (mit einem Vorwort von Prof. Helmut Becker, Präsident des Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin a.D.) bei dem Bildungsguthaben auf Ivan Illich berufen.“³ Ich habe dann zurück gemeldet: „Ich kann mich erinnern, daß Illich oder Hartmut von Hentig damals auf Friedman als Urheber des Gedankens verwiesen haben.“⁴ Josef Hüwe vermeldete danach:

Lieber Helmut,
wegen Deiner Frage nach dem Urheber der Idee von Bildungsgutscheinen habe ich mich an den Experten Eckhard Behrens (Seminar für freiheitliche Ordnung) gewandt. Hier seine Antwort.
Mit besten Grüßen
Josef Hüwe

³ Das Buch gibt es jetzt auch als Hörbuch.

⁴ Auch David D. Friedman, Prof. der Rechte und Sohn von Milton Friedman, greift das Thema Bildungsguthaben in seinem Buch „Das Räderwerk der Freiheit – Für einen radikalen Kapitalismus“ auf.

Lieber Herr Hüwe,
es hat mich nicht nur gefreut, einmal wieder von Ihnen zu hören, sondern auch, dass Interesse an der Herkunft der Idee des Bildungsgutscheins besteht.

Auf Knopfdruck konnte ich die Antwort auch nicht geben; mir war nur klar, dass sie viel älter ist als die Veröffentlichungen von Friedman; insbesondere erinnerte ich mich an John St. Mill. Aber ich habe gerne bei einem mir seit langem - auch persönlich - bekannten Wissenschaftler, Ulrich van Lith, *Der Markt als Ordnungsprinzip des Bildungsbereichs* (Habilitationsschrift, veröffentlicht München 1985) nachgelesen. Er schreibt (Seite 184), dass die Idee auf Thomas Paine zurückgehe, *The Rights of Man*, 1791/92, auf deutsch *Die Rechte des Menschen*, herg. von Stemmler, Frankfurt 1973, Seite 289 und 294. John St. Mill war dann einer der Zwischenträger dieser über 200 Jahre alten Idee.

So, das muss für heute reichen. Ich war gerade wieder am Bodensee, um Holz zu machen, und muss morgen nach Bad Boll zu unserer Tagung über das bedingungslose Grundeinkommen - übrigens wäre ein Bildungsgutschein auch ein Jedermann-Einkommen, wenn auch mit Zweckbindung.

Viele Grüße an alle interessierten Freunde!
Ihr
Eckhard Behrens

13. Ivan Illich

Ich hatte zwischendurch nach Buchtitel von Illich und von Hentig in der Hoffnung gesucht, daß ich in der Vergangenheit die betreffende Stelle markiert habe. Die Suche gestaltete sich aber schwierig, weil wir nach dem Umzug der Bücher im Haus, noch keine Ordnung wieder herstellen konnten. Ich fand dann aber doch das Kursbuch 24 mit einem Beitrag von Ivan Illich und „Die Wiederherstellung der Politik“ von Hartmut von Hentig.

Allein die nachfolgenden Auszüge aus „Plädoyer für die Abschaffung der Schule“ von Ivan Illich, Kursbuch 24 vom Juni 1971, machen schon deutlich, daß eine allgemeinbildende Schule in evangelischer Trägerschaft zwar eine Möglichkeit der Indoktrination von Kindern wäre, aber keinen wirklichen Fortschritt für die Gesellschaft und für die betroffenen Kinder sein kann. Und mir geht wieder durch den Kopf, warum wird gesellschaftlich Bedeutsames nicht in den Kirchen, diesen nur noch als Denkmäler erlebten Gemeinschaftsgebäuden, verhandelt, und damit diesen Räumen wieder Leben eingehaucht. Und jetzt Illich im Originalton:

...

Notwendige Folge einer obligatorischen Schulbildung ist die Polarisierung der betreffenden Gesellschaft; gleichzeitig werden auch auf globaler Ebene die verschiedenen Nationen nach Maßgabe des Rangs ihrer Erziehungssysteme in ein internationales Kastensystem eingeordnet, wobei sich der Rang eines Erziehungssystems danach richtet, wie viele Schuljahre die Bürger des betreffenden Landes durchschnittlich absolvieren - ein Maß, das eng verknüpft ist mit der Größe des Bruttosozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung. (S. 7)

...

Mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht sollte der Idee nach die Zuweisung sozialer Rollen von der persönlichen Lebensgeschichte unabhängig gemacht werden: Jeder sollte die gleiche Chance bei der Erlangung einer Berufsposition haben. Statt Chancengleichheit herzustellen, hat das öffentliche Schulsystem jedoch in Wirklichkeit die Distribution der Ausbildungs- und damit der Berufschancen monopolisiert.

Eine weitere schwerwiegende Illusion, die eine Stütze des Schulsystems darstellt, ist die Annahme, daß die meisten Kenntnisse und Fertigkeiten das Resultat irgendeiner Form des Schulunterrichts sind. Unter bestimmten Bedingungen kann ein derartiger Unterricht gewisse Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln. Die meisten Menschen erwerben jedoch den größten Teil ihres Wissens außerhalb der Schule, in der Schule aber nur insoweit, als diese in einigen reichen Ländern während eines ständig wachsenden Teils des Lebens zu einer Art Gefängnis geworden ist. (S. 9)

...

Angesichts der ökonomischen Unmöglichkeit und der entmündigenden und diskriminierenden Folgen eines umfassenden öffentlichen Erziehungssystems und angesichts der Notwendigkeit einer massenhaften Ausbildung kritischer Fähigkeiten als Waffe gegen die drohende Verselbständigung destruktiver Institutionen und Apparaturen ist unter anderem eine phantasievolle Neuverteilung und Umgestaltung der Bildungs- und Unterrichtsfunktionen nötig, um eine Katastrophe zu vermeiden. Denkbar wären zum Beispiel - von mir so genannte - Zentren für die Vermittlung von Fertigkeiten (skill centers) oder die Organisation von Zusammenkünften solcher Personen, die an den gleichen Problemen arbeiten (peer matchings), oder neue Formen des informellen Lernens.

Schon jetzt könnten »Bildungskreditkarten« in begrenzter Höhe für die Benutzung von Zentren für die Vermittlung von Fertigkeiten an Menschen jeden Alters, nicht nur an Arme, vergeben werden. Eine solche Bildungskreditkarte könnte jeder Bürger bei seiner Geburt bekommen. Den Armen, die die jährlichen Stipendien in frühen Jahren wahrscheinlich nicht ausnutzen würden, käme eine Bestimmung zugute, nach der Bildungskredite, die erst später ausgenutzt werden, verzinst werden. Solche

Kredite könnten vielen Personen dazu verhelfen, nach eigener Wahl und eigenem Willen Fertigkeiten besser, schneller, billiger und mit weniger unerwünschten Begleiterscheinungen als in der Schule zu erwerben. Die meisten wichtigen Fertigkeiten zu deren Erwerb Ausbilder erforderlich sind, werden schon von vielen Personen beherrscht und angewandt, die sie in der Regel allein deshalb nicht anderen vermitteln, weil Schullehrer und andere autorisierte Personen ein Monopol darauf haben. In solchen Zentren für die Vermittlung von Fertigkeiten ergäben sich neue Arbeitsmöglichkeiten, zum Teil sogar für solche Personen, die heute zur Arbeitslosigkeit verurteilt sind. Solche Zentren könnten sich auch am Arbeitsplatz selber befinden; bei entsprechender Regelung kann die Verbindung produktiver Arbeit mit Unterricht eines der wirksamsten Mittel zur Umwandlung der heutigen Gesellschaft darstellen. ... (S. 11 f.)

14. Hartmut von Hentig

Kritischer Begleiter von Ivan Illich in Deutschland war Hartmut von Hentig. In der HAZ vom 30. 11. 92 heißt es unter der Überschrift „Zu Gast in Hannover: Der humane Pädagoge“:

Von Brigitte Schönfeld

Manchmal liegen Realität und Utopie wirklich nur ein paar hundert Meter weit auseinander. Während im neuen Rathaus der Schulausschuß - nicht zuletzt, weil der Stadt das Geld fehlt - die Errichtung einer zweiten Glockseeschule ablehnt, die ja bekanntlich ein besonderes liberales Pädagogikkonzept vertritt, spricht zur gleichen Zeit im Alten Rathaus ein Mann vor hannoverschen Lehrern, mit dessen Namen und Schriften sich über Jahrzehnte hinweg pädagogische Innovationen und zugleich Zukunftsvisionen für eine humanere Schule verbinden: Hartmut von Hentig, inzwischen emeritierter Pädagogik-Professor aus Bielefeld und ehemaliger Leiter der Laborschule. Hentig hat viele derjenigen „begleitet“, die in den sechziger und siebziger Jahren Pädagogik studiert haben, und er redete immer wieder einer menschlicheren Schule, die sich der Stärkung des Individuums gegen die Übermacht der Institutionen, anonym wirkender Verhältnisse und der Denkgewohnheiten annimmt, das Wort. Nicht allgemein formulierte, durch Lehrpläne festgelegte Aufgaben sollten der Maßstab des Unterrichts sein, sondern Inhalte, die auf das individuelle Bedürfnis des Schulkindes eingehen.

Natürlich gibt es an „seiner“ Schule, in der er trotz seiner 67 Jahre noch stundenweise unterrichtet, keine Zensuren, sondern individuell gefertigte Berichte, die ausführlich auf den Leistungsstand der Mädchen und Jungen eingehen. „Der Mensch, ist doch in seiner Beurteilung nicht das Ergebnis von Grundrechenarten“, meint der Pädagoge. Überhaupt müsse der Maßstab der Bewertung ein anderer Sein. Nicht Formulierungen wie „er weiß, verfügt über, beherrscht, kann an-

wenden, lernt...“ sollten zum Zuge kommen, sondern Begriffe wie „er beurteilt, entscheidet, erkennt eine Situation, verständigt sich, kann zuhören, sich klar mitteilen, kann die Ambivalenz aushalten...“ Von Hentig kann verstehen, daß es immer mehr Eltern gibt, die für ihre Kinder nach Alternativen zum üblichen Schulsystem suchen und freie Schulen wählen, wenn sie können. „Eine verwaltete Schule ist eine unpädagogische Schule“, sagt der Professor, und es sei eben nicht gut, wenn Lösungen und Richtlinien nur an Schreibtischen und nicht in der Praxis entstehen. Schule müsse aber auch auf die Probleme der Zeit reagieren, jetzt mehr denn je, da sich eine dynamische Konkurrenzgesellschaft, hochveränderlich und kaum berechenbar, entwickle. Darauf angesprochen, daß sich in Schulen in wachsendem Maße Gewalt ausbreite, äußert sich der Wissenschaftler selbstkritisch: „Viele Fehlentwicklungen haben wir selbst zu verantworten. Die jungen Menschen sind nicht als Faschos auf die Welt gekommen, sie sind auch nicht aus Bosheit zu Faschisten geworden. Jetzt in ihrer Not müssen wir ihnen auch zuhören“, fügt er hinzu.

Von Hentig stammt aus einem großbürgerlichen Elternhaus. Der Vater war Diplomat, künstlerische Impulse kamen aus der Familie der Mutter. Er machte am College Francais in Berlin Abitur und studierte nach dem Krieg in Göttingen, Chicago und Tübingen Alte Sprachen, die er später an süddeutschen Gymnasien unterrichtete. Seine Veröffentlichungen zu pädagogischen Fragen sind kaum zu zählen - seit 1962 hat der Pädagoge nahezu jedes Jahr ein Buch herausgebracht. Die letzten beiden seien schmale Bändchen gewesen, sagt von Hentig fast ein wenig entschuldigend, und sie behandelten andere Sujets: Die Folgen der deutschen Einheit und religionskritische Fragen. Auch als „Unruheständler“ arbeite er eigentlich nicht weniger als vor der Emeritierung, alles nur ein wenig gemächlicher. Dazwischen immer wieder Reisen. Viele im Auftrag des Goethe-Instituts - weltweit. In „splendid Isolation“ lebt der Pädagoge in seinem alten Bauernhof, umgeben von Wald und Wiesen, und schätzt dort die Ruhe und Einsamkeit.

Aber rasch dreht sich das Gespräch wieder um pädagogische Themen. Und um Geld. Weil ja innovative Schulen als kostspielige Experimente gelten, die viele zusätzliche Lehrerstunden verschlingen, weil die Lerngruppen kleiner sind und die Lehrer nicht gehetzt und überlastet an ihre Aufgaben gehen. Ein Sparen am falschen Ende, wenn dafür kein Geld da ist. „Fehlsozialisierte Kinder kosten die Gesellschaft später viel, viel mehr“, sagt Hentig. Nur könne man das ja nicht in Heller und Pfennig errechnen, was in der Jugend versäumt worden sei. Aber wie sieht denn die ideale Pädagogik aus? Der Professor bleibt die Antwort schuldig, findet das zu leichthin gefragt. Schließlich könne er nicht kurz einmal zwischen 17.27 und 17.30 Uhr erklären, über was er sein ganzes Leben geforscht habe.

Schaut man in die Literatur der vergangenen Jahrzehnte, kann man feststellen, daß der Institutionsabsolutismus - ein Begriff von Prof. Erich Reigrotzki - immer stärker war und noch ist als der immer wieder aufkeimende Wille zur positiven Verände-

rung gesellschaftlicher Strukturen. Das heißt aber nicht, daß keine Veränderungen stattfinden. Diese Veränderungen gehen aber mehr oder weniger von selbstverursachten Zwängen aus und werden zu Recht eher als Bedrohung wie als Beglückung empfunden. Es folgen zwei Ausschnitte aus seinem Buch:

„Die Wiederherstellung der Politik – Cuernavaca revisited“, 1973

Spricht man von sozialer Gerechtigkeit, Bildungschancen, Frieden, Mitbestimmung und dergleichen, beziehen die Menschen alsbald ihre gewohnten ideologischen Positionen: sie erhoffen sich das Heil entweder vom Sozialismus oder vom Liberalismus, oder vom Nationalismus (und das Unheil vom jeweils anderen). Aber sie sehen nicht, daß sie alle die eine grundlegende Ideologie teilen - die Ideologie vom notwendigen wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Wachstum. Westliche Theoretiker halten sich daran, weil die Bedürfnisse der Menschen unendlich seien; östliche Theoretiker, weil Wachstum den historischen Fortschritt manifestiere. Alle geraten in Panik, wenn die Wachstumsrate ihrer jeweiligen Produktion gegenüber anderen Ländern oder anderen Produktionszweigen oder anderen Betrieben zurückfällt.

Wachstum hieß einst: mehr von dem bekommen, was fehlte — mehr Essen, mehr Wohnraum, mehr Verbindungen, mehr Sicherheit, mehr Erkenntnisse. Aber nun erfahren wir nicht nur die Ammenweisheit, daß es auch ein Zuviel gibt:

- zuviel Güter erzeugen zuviel Abfall
- zuviel Verkehr verstopft den Verkehr
- zuviel Schule macht lernmüde oder neurotisch oder rebellisch
- zuviel Sicherheit erzeugt Arroganz oder Aggression und zerstört die Maßstäbe für Sicherheit;

wir erfahren nicht nur, daß „Wachstum“ häufig nur die Produktion eines kostspieligen und überflüssigen overkill für eine bestimmte Art von Problemen bedeutet, während andere ungelöst bleiben; sondern wir erfahren auch, daß Wachstum heute heißt: die Abhängigkeit der Arbeit, des einfachen Lebensunterhalts, der sozialen Stabilität von einer Fiktion der Käufer, von der Fiktion, sie müßten „mehr“ haben. Diese Abhängigkeit ist durch ein System erzeugt worden, das Produktivität produzieren sollte - aus Angst vor den Folgen der menschlichen Faulheit - und gerade nicht Zufriedenheit mit einem nach bleibendem Maßstab »guten Leben“. (S. 30 f.)

...

Auch in anderen Bereichen — einschließlich der vom Menschen gemachten — erfahren wir an den Folgen, was wir falsch gemacht haben: worin die ökologische Balance liegen könnte. Da wir schon dauernd von solchen Folgen heimgesucht werden, können wir wenigstens negativ reagieren. Wenn Schulen versprechen, die Kinder glücklich zu machen, ihre Interessen zu wecken, ihre Individualität zu stärken, und es kommen unglückliche, gelangweilte Konformisten heraus; wenn die Schulen behaupten, ihre „Schulung“ sei der sichere Schlüssel zu einem menschenwürdigen Job, Erfahrung und Statistik dies aber täglich widerlegen; wenn die Schulen von den Eltern als Bewahranstalten für ihre Kinder benutzt werden, die Kinder aber in hellen Scharen entlaufen; wenn die Schulen Bildung verbreiten sollten und in eben diesem Prozeß eine Mangelware daraus machen — dann helfen keine Einzelreparaturen, sondern die Homöostase des ganzen Systems Schule ist gestört: dann ist, wie Illich sagt, eine „Inversion“, eine Umkehrung der Institutionen fällig. Gegen die monopolistische Schule müssen Lernvermittlungsdienste eingerichtet werden; gegen die sozialisierte, bürokratisierte Krankenversorgung müssen die anderen Quellen der Gesundheit angeschlagen werden; gegen die zunehmende Schamanisierung der Rechtsprozesse müssen die Prinzipien des common law mobilisiert werden. Die Forderung nach „Inversion“ ist an die Stelle der Forderung nach „Abschaffung“ getreten. Balance entstehe durch Gegengewicht. — Ist das genug, um sie selbst zu etwas Gutem zu machen? (S. 34)

15. Wer war Illich?

Ich habe nun überlegt, ob ich noch etwas über Ivan Illich berichten müßte, weil ja nicht alle Menschen alle Berühmtheiten kennen oder kennen können. Wer seinen Namen als Stichwort in eine Internetsuchmaschine eingibt, wird reichlich belohnt. Ich habe hier folgenden Text ausgewählt:

Am Montag, den 2. Dezember (2002), starb Ivan Illich. Obwohl er bereits viele Jahre aufs Sterben vorbereitet war, kam der Tod als Überraschung. Illich steckte gerade mitten in den Vorbereitungen für sein Seminar über die "Corruptio optimi", die "Verderbnis des Köstlichsten", das am Wochenende darauf an der Universität Bremen stattfinden sollte. So ausdrücklich wie noch nie wollte er dort seine Überlegungen zum kirchlichen Ursprung einzigartig westlicher Selbstverständlichkeiten mit seinen Schülern und Freunden besprechen. Wie ein roter Faden ziehen sich diese historischen Untersuchungen zur Perversion

der Frohen Botschaft durch das letzte Jahrzehnt seiner Lehre in Bremen. Mit der Hilfe seiner Freunde hoffte er, das Buch zu diesem Thema in den nächsten Monaten fertigstellen zu können. Am Donnerstag, den 5. Dezember haben ihn seine Freunde auf dem Oberneuländer Friedhof in Bremen begraben. In den Tagen dazwischen trafen sich viele Menschen in seinem Bremer Haus, um die Totenwache zu halten und sich von ihm zu verabschieden. Zu Beginn der Totenmesse in St. Johann las Wolfgang Sachs den folgenden Text, in dem Ivan Illich den Verlust des Sterben-Könnens beklagt. Es ist ein Geburtstagsbrief aus dem Jahre 1992 an Helmut Becker, damals Direktor des Max-Planck-Institutes für Bildungsforschung in Berlin. Am letzten Januarwochenende 2003 wollte Ivan Illich ein weiteres Seminar abhalten. An Stelle dieses Termins bereitet Johannes Beck nun eine Zusammenkunft an der Bremer Universität am 7. und 8. Februar 2003 vor, in der die Fäden aus Illichs Denkereie weitergesponnen werden sollen.
Barbara Duden und Silja Samerski, Bremen

16. Schulverweigerer

Aus Bremerhaven habe ich mir folgenden Bericht mitgebracht. Er zeigt wie notwendig es ist, daß wir nicht nur über unser Bildungssystem nachdenken, sondern positiv ändern. Und das können wir nur, wenn wir es aus den Klauen des Staates befreien:

Eltern in Zwangshaft

Probleme mit Schulschwänzern nehmen zu - Jugendhilfestationen sollen reagieren
Von Dirk Bliedtner

Kreis Cuxhaven. Im Kreishaus schrillen die Alarmglocken beim Blick auf die stark zunehmende Zahl der Schulschwänzer. Waren es im Schuljahr 1993/94 noch 27 hartnäckige Schwänzer, lag die Zahl 1999/2000 schon bei 68 und im Schuljahr 2005/2006 schon bei 155 Betroffenen. „Und das ist nur die Spitze des Eisbergs“, sagt Kreisdezentert Friedrich Redeker.

Die Verwaltung fühlt sich offenbar immer hilfloser. Die Jugendhilfestationen versuchen zu reagieren. „Es geht nicht darum, dass mal jemand die sechste Stunde ausfallen lässt. Das Kennen wir alle“, sagt Redeker. Es geht um schwerwiegende Fälle, bei denen sich Schüler dauerhaft nicht im Unterricht blicken lassen. „Da weiß man bald nicht mehr, was man noch machen soll.“

Bei den möglichen Bußgeldern habe die Verwaltung „ein relativ scharfes Schwert“, meint Redeker, „aber das wird zunehmend stumpfer.“ Denn die betreffenden

Schüler kommen zumeist aus sozial-schwachen Familien, wo Bußgelder auf Grund der finanziellen Verhältnisse oft „ins Leere laufen“.

Letzte mögliche Konsequenz ist eine Zwangshaft für die Eltern. In einem besonders schweren Fall musste der Landkreis so vorgehen und einen entsprechenden Antrag beim Amtsgericht stellen. Es kam zum Haftbefehl. „Manche Eltern sind gleichgültig“, weiß Redeker.

Allerdings sei es schon vorgekommen, dass Schüler von der Polizei zur Schule gebracht wurden. „Aber das ist natürlich auch kein Dauerzustand.“

Die Ursachen fürs Schwänzen sind vielfältig. Sie reichen von familiären Konflikten sowie schulischen Problemen bis hin zur „Kein-Bock-Situation“. „Fälle, in denen Eltern ihr Kind aus Überzeugung nicht zur Schule schicken und zu Hause unterrichten wollen, haben wir zum Glück noch nicht gehabt. In anderen Kommunen ist auch so etwas vorgekommen“, berichtet Landrat Kai-Uwe Bielefeld.

157 Bußgeldbescheide hat der Landkreis im Schuljahr 2005/2006 erlassen. Rund 60 Prozent davon gingen an die Schulpflichtigen selbst. Erbringen die Schüler das Geld nicht, beantragt die Verwaltung beim Amtsgericht eine Arbeitsauflage. Redeker: „Das können zum Beispiel gemeinnützige Tätigkeiten in einem Altenheim sein.“

Die Hälfte aller Meldungen über Schulschwänzer, die beim Landkreis eingehen und einen Verstoß nach dem Niedersächsischen Schulgesetz darstellen, kommen von den berufsbildenden Schulen. Das betrifft laut Kreisverwaltung in erster Linie das Berufsgrund- und das Berufsvorbereitungsjahr. Ein weiterer großer Anteil kommt aus den Hauptschulen. Der Erlass eines Bußgelds ist gegen Schüler, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, sowie gegen Erziehungsberechtigte bis zur Volljährigkeit des Kindes zulässig. Das Strafmaß liegt im Regelfall zwischen 50 und 250 Euro.

„Pädagogische Maßnahmen haben aber grundsätzlich Vorrang vor Ordnungsmaßnahmen“, betont Redeker. Zunächst müsse sich die Schule bemühen, die Gründe für eine Verweigerung des Schulbesuchs festzustellen. „Je nach Lage des Falls sind rechtzeitig das Amt für Jugendhilfe, der Schularzt oder die schulpsychologische Beratung einzuschalten.“

Die Mitarbeiter in den Jugendhilfestationen seien dabei, neue Wege zu gehen, versichert Hellward Mundt, Leiter des Allgemeinen Sozialdienstes beim Landkreis. Über verbesserte Zusammenarbeit zwischen Eltern, Schule, kommunalen Jugenddiensten und anderen externen Stellen soll eine Verringerung des Schulschwänzens erreicht werden.

Ein entsprechendes Modellprojekt des Landes Niedersachsen sei erfolgreich verlaufen, berichtet Kultusminister Bernd Busemann. „Wie auch in der

Gewaltprävention hat sich dabei das gute Zusammenspiel zwischen Polizei, Schule und Jugendbehörden bewährt."

(Aus dem SonntagsJournal der Nordsee-Zeitung Bremerhaven
Nr. 46 vom 12. 11. 2006)

17. Es geht auch anderes!

Daß es aber auch anderes zu vermelden gibt, zeigt die nachfolgende Bericht, den ich mir aus Gundelfingen mitgebracht habe.

Wie ist es eigentlich ...
... als Lehrerin auf einmal Schule ohne Zwang zu machen?

Gut erholt in die Sommerferien

Ute Siess, 55, Lehrerin:

Es ist wirklich verrückt: Zum allerersten Mal fangen die Sommerferien an, und ich bin kein bisschen erschöpft. Das Schuljahr, das jetzt zu Ende geht, war mein erstes an der Freien Schule „Kapriole“. Davor habe ich so ziemlich alles gehabt, was die Regelschule so hergibt -18 Jahre Gymnasium, 10 Jahre Gesamtschule. Und immer hatte ich das Gefühl, ich vergeude meine Kraft. Zu viel Bürokratie, zu viel Einpauken und Abfragen, zu viel Strukturdebatten, Schulpolitik, zunehmend Kontrolle - das macht einen kaputt. Dabei war für mich immer klar: Ich bin für die Kinder da. Ich habe lange gebraucht, bis ich verstand, dass ich die Schule nicht ändern kann, sondern dass ich selbst was anderes machen muss. Und es hat nochmal gedauert, bis ich endlich die Schule gefunden hatte, bei der die Kinder im Mittelpunkt des Interesses stehen. Als ich vor einem Jahr dort anfang, musste ich mich komplett umstellen. Ich unterrichte hier nicht - quasi ungefragt - die Kinder, sondern die Kinder kommen mit ihren Anliegen und Fragen auf mich zu. Es ist unvorstellbar, welche Ideen, welche Neugier und welches tiefe Interesse diese Kinder bewegt. Und zwar nicht säuberlich verteilt nach Fächern.

Ich bin Englisch- und Italienisch-Lehrerin, aber eines der ersten großen Themen, zu dem ich mit den Kindern gemeinsam gearbeitet habe, war das Sonnensystem. Da wollten die so viel drüber wissen, dass wir alle sehr ausdauernd und ernst dazu recherchiert haben. Erst recht unter diesem Eindruck schmerzt es mich heute, dass ich viele Jahre lang Kinder in ihrer Neugier letzten Endes habe bremsen müssen - es war einfach immer viel zu viel vorgegeben und einzuhalten. Dabei kann Lernen so unglaublich schön sein - das habe ich in diesem ersten Schuljahr ohne Zwang erlebt.

Noch nie habe ich so voller Freude und Neugier arbeiten können. Die Freie Schule „Kapriole“ ist für alle ein offenes System. Die Kinder gehen ihre selbstbestimmten Schritte im je eigenen Tempo. Das Lehrerteam ist wach - und keiner ist kontraproduktiv. Und auch die Eltern bringen sich an so einer Schule natürlich sehr engagiert ein - für das Schulleben, die Finanzen, das Schulhaus. Völlig neu war für mich die Erfahrung, dass hier kaum einer zum „Schluss“ nach Hause drängt. Ganz klar, nach allem, was ich in diesem Jahr an Freude und Gelingen erlebt habe und bewirken konnte, will ich nicht in den üblichen Schuldienst zurück. Ich habe lange genug auf dieses Glück warten müssen, mich an dem selbstverantwortlichen Lernen wissbegieriger Kinder zu freuen.

-Aufgezeichnet von Julia Littmann

(Freiburger Zeitung (Badische Zeitung) vom 31. Juli 2006)

18. Aus dem Zettelkasten

Ich muß nun endlich die Kurve zu meinem Zettelkasten, daß heißt zu den Anlagen zu diesem Nachtrag bekommen. Wenn man bedenkt, daß ich möglicherweise nur für den Papierkorb arbeite, habe ich schon wieder zu viel Zeit für diese Textproduktion verwendet.

19. Negt und Kluge

Ich fange mit der zweiten Anlage an, mit dem HAZ-Bericht vom 22. 1. 2002 mit dem Titel „Genauigkeit und Grazie 'Maßverhältnisse des Politischen': Tagung mit Oskar Negt und Alexander Kluge in Loccum. Ich habe ja im ursprünglichen Brief berichtet, daß ich an dieser Tagung teilgenommen habe. Ich habe diese Anlage hier vorgezogen, weil ja wohl der Name Oskar Negt mit der Glocksee-Schule in Hannover verbunden ist. Für mich ist somit diese Anlage Ausgangstür vom Schulthema. Angeblich geht es den beiden Autoren um die Anschlußfähigkeit an andere Gedanken. Ich sage „angeblich“, weil meine Erfahrungen mit ihnen andere sind. Das ist aber nicht tragisch, weil Menschen manchmal erst nach Jahrzehnten feststellen, daß sie immer mit dem gleichen Zug oder auf dem gleichen Dampfer fahren.

20. Kirchentagsplakate

Meine erste Anlage zeigt vier Plakate von Ev. Kirchentagen. Das Motto des Kirchentages von 1963 lautet „Mit den Konflikten leben“, das war vielleicht eine Aufforderung, mit dem Harmoniebedürfnis der Menschen nicht alle Konflikte zu kaschieren. Nun wird es sicher nie eine Gesellschaft geben, die völlig ohne Konflikte sein wird. Aber Gesellschaftspolitik zu betrei-

ben – auch unter christlichen Gesichtspunkten – bedeutet doch wohl, die Konflikte zu minimieren oder wenigsten ihnen ihre Schärfe nehmen. Bleiben wir einfach in dem Status „Mit Konflikten leben!“ hängen, so ist dieser nicht besser als jener, den wir mit „harmonisieren / kaschieren“ kennzeichnen können.

1967 heißt es dann: „Der Frieden ist unter uns“. Ich weiß nicht, wie dieses Motto auf dem Kirchentag in Hannover interpretiert wurde. Nimmt man die Aussage von 1963 zum Maßstab, dann ist die von 1967 ein Lüge. Ich gehe davon aus, daß der Friede als Möglichkeit unter uns ist. Um diese Möglichkeit individuell, gruppenbezogen, national und international zu realisieren, ist harte Arbeit und der Verzicht auf Privilegien und die Scheinsicherheit die irrije Meinungen geben, angesagt.

Auch bei „In der Freiheit bestehen“ komme ich ins Grübeln. Es klingt fast wie eine Drohung: „Leider konnten wir Euch den Sicherheit gebenden Status der Knechtschaft nicht erhalten. Nun seht mal zu, wie ihr Euch in der windigen Freiheit einrichtet.“ Angemessener wäre ja in Abwandlung eines alten Spruches zu sagen: „Erfreut Euch der gewonnenen oder ererbten Freiheit, erwerbt sie, um sie zu besitzen.“

21. „Die Erde gehört dem Herrn“ / Bischof Kurt Scharf

Besonders angetan bin ich von dem Plakat von 1985 für den Kirchentag in Düsseldorf: „Die Erde ist des Herrn“. Ich war auf diesem Kirchentag als Mithelfer auf einem Stand im Markt der Möglichkeiten, der für die Überwindung des geltenden Bodenunrechtes und für ein dienendes Geld warb. Ich konnte einen Kirchentagsbesucher für diese Themen interessieren, der heute der Vorsitzende, des Vereins „Christen für gerechte Wirtschaftsordnung“ ist. Und auf diesem Kirchentag sprach auch der verstorbene Bischof Kurt Scharf über die Botschaft der Bibel, über Sachsenhausen, dem Ort des Schreckens in Form eines Konzentrationslagers und über Siedlung Eden, in der Zukunftsvisionen erdacht wurden, für die sich die Studenten seiner Generation begeistert hätten.⁵ Auf der Suche nach „Illich“ und „Hentig“ blieb mein durch das Plakat „Die Erde gehört dem Herrn“ vorgeprägter Blick an dem Titel „Wem gehört die Erde – Erzählungen, Gedichte und Bilder zur Bergpredigt“, 1984, hängen.⁶ Ein Buch zur Bodenrechtsreform ist das gerade nicht, stellte ich fest. Der Buchtitel ist wohl von dem nachfolgend wieder gegebenen Gedicht von ARNIM JUHRE übernommen worden. Es folgt ein

5 Ich übernehme aus meinem Text „Das Boden(un)recht / Teil I“ Nr. 22.1 einen Ausschnitt und mache davon für diesen Nachtrag einen gesonderten Anhang, so daß es für den, der es wissen möchte, die Geschichte mit Bischof Scharf noch deutlicher wird.

6 Es wurde herausgegeben von Hans Frevert unter Mitarbeit von Wolfgang Klein.

Psalm:

Wem gehört die Erde?

Psalm 2

Wem gehört die Erde?
Wem gehören Erz und Öl?
Wer kettet die Menschen
an schwere Waffen
und handelt behende
das Gleichgewicht aus?
Die Händler haben
das Sagen. Warum?

Heilig ist ihnen nur ihre Habe,
die Macht und der Friede,
solange er nützt.
In Banken und Börsen
hört man sie beten,
in Angstträumen sprechen
die Glücksvermehrungslitanei,
das Mater Unser der Ökonomie.

Der im Himmel wohnt,
kann wunderbar spotten,
der lacht, wenn er will,
diese Weltherren kaputt.
Er weckt zum Leben, wen er will.
Er gibt zum Lehen, was er will.
Die sich bergen an ihm,
können glücklich sein.

Dem Herrn gehört die Erde

Psalm 24, 1-6 a

Dem Herrn gehört die Erde, und was sie erfüllt,
der Erdkreis und seine Bewohner.

Denn er hat ihn auf Meere gegründet,
ihn über Strömen befestigt.

Wer darf hinaufziehen zum Berg des Herrn,
wer darf steh'n an seiner heiligen Stätte?
Der reine Hände hat und ein lauterer Herz,
der nicht betrügt und keinen Meineid schwört.

Er wird Segen empfangen vom Herrn
und Heil von Gott, seinem Helfer.

Das sind die Menschen, die nach ihm fragen . . .

22. Gott der Reichen

Dann entdeckte ich den nachfolgenden Beitrag von GUDRUN PAUSEWANG, der ich mehrmals persönlich begegnet bin. Im März 2006 lief in über 300 deutschen Kinos der Film "Die Wolke" nach ihrem gleichnamigen Roman. Und das, was sie unten beschreibt, ist vermutlich nicht nur Dichtung, sondern Anschauung aus eigenem Erleben in Südamerika.

Lieber Gott der Reichen

In Südamerika gibt es viele Arme und nur wenig Reiche. So ist es auch in der Stadt San Vicente. Die Reichen wohnen im Viertel El Sol, das heißt 'die Sonne'. In diesem Viertel stehen die herrlichsten Villen, und jede Villa steht in einem Garten voller gepflegter Blumenbeete. Die Arbeit in den Villen tun Dienstmädchen, die Gärten werden von Gärtnern gepflegt, Kindermädchen führen die Kinder der Reichen aus, Köchinnen kochen den Reichen das Essen, und manche Reiche halten sich sogar einen Chauffeur.

Die Köchinnen, Dienstmädchen, Kindermädchen, Gärtner und Chauffeure sind in den neun Vierteln der Armen daheim. Dort gibt es weder Villen noch Blumengärten. Dort hausen Familien mit vielen Kindern zusammen mit den Großeltern und noch anderen Verwandten in winzigen Hütten ohne fließendes Wasser und ohne Toiletten. Dort sind die Wege nicht asphaltiert: Die Kinder spielen in den Pfützen der Abwässer und im Schlamm des letzten Regens. Die Kleineren laufen nackt herum. Die Eltern haben kaum Geld genug, um den Größeren Kleider zu kaufen. Bei vielen langt es nicht einmal, um die Familie satt zu machen. Und die meisten Armen, egal ob Kinder oder Erwachsene, haben keine Schule besuchen können, weil es nicht genug Schulen in den Armenvierteln gibt und weil man die Bücher und Hefte und den Unterricht bezahlen muß.

Es gibt auch Kirchen in den Armenvierteln - kleine, ärmliche Kirchen, in denen die vielen Armen kaum Platz finden. Und der Pfarrer kann ihnen in ihrem Elend auch nicht helfen. Wenn wenigstens jede Familie ein Stückchen Land besäße, um sich selbst Mais und Kartoffeln und Gemüse zu

ziehen und ein paar Hühner zu halten! Aber das meiste Land gehört den Reichen. Und es gibt nicht genug Arbeitsstellen für alle die vielen Armen, die Geld verdienen möchten, um ihre Familien vor diesem Elend zu bewahren.

Die Kirche von El Sol dagegen ist ein mächtiges Gebäude, das die Villen überragt und schon von weitem zu sehen ist. Sie hat einen Marmorboden und Marmorsäulen und riesige bunte Glasfenster mit Bildern darauf, und der Turm ist der höchste in der ganzen Stadt San Vicente. Viele Touristen schauen sich die Kirche an, weil sie so gerühmt wird. Und dann gehen sie auch durch das Viertel El Sol und sagen zueinander: „Wie wunderschön, wie sauber und reich ist diese Stadt!“

Aber niemand sagt ihnen, daß sie auch die Armenviertel anschauen müssen, wenn sie die Stadt kennenlernen wollen. Vielen von ihnen würde

-30-

grausen vor dem Elend, das sie dort sähen. Nein, damit wollen die meisten Touristen nichts zu tun haben.

„Die Armut macht so traurig“, sagen sie. „Gott sei Dank sind wir nicht arm. Und wenn wir verreisen, wollen wir fröhlich sein.“

Sonntags strömen die Reichen aus dem Viertel El Sol in ihre Kirche. Sie fahren in ihren großen Autos vor und tragen kostbaren Schmuck und teure Kleidung, um zu zeigen, wie reich sie sind.

Die Armen gehen nicht in diese Kirche. Sie wissen, daß sie hier nicht gern gesehen werden und fühlen sich unter den Reichen auch nicht wohl. Aber auf den Kirchenstufen warten die Allerärmsten, die Bettler, die nicht einmal eine Hütte im Armenviertel haben, sondern irgendwo in Treppenhäusern oder auf Parkbänken schlafen. Wenn der Gottesdienst zu Ende ist, strecken sie ihre Hände aus und betteln die Reichen an. Dann bekommen sie ein paar Münzen geschenkt und laufen zufrieden fort, um sich etwas zu essen zu kaufen. Sie haben alle Hoffnung verloren, daß es je anders werden könnte. Sie können sich nicht vorstellen, jemals ein kleines Haus zu besitzen und so viel Geld zu verdienen, daß sie sich sauber kleiden und drei Mahlzeiten am Tag leisten können.

Aber die Kinder haben noch nicht verlernt zu hoffen und zu träumen. Und so kommen eines Sonntags zwei kleine Jungen mitten im Gottesdienst in die Kirche der Reichen: Das Portal stand ja auf, und da sind sie andächtig hereingeschlichen, auf Zehenspitzen natürlich. Aber man hätte ihre Schritte sowieso nicht gehört, denn sie sind ja barfuß. Sie sind entsetzlich schmutzig und struppig und haben nichts als zerlumppte Hosen an. Der Ältere von ihnen trägt auf dem Rücken einen alten Plastiksack. Darin sind ein verschimmelttes Brötchen, ein paar vertrocknete Weißbrotscheiben, drei kalte Pellkartoffeln und ein Stückchen Käse, das von Mäusen angenagt worden ist. Das alles haben die beiden Jungen aus den Mülleimern von El Sol gewühlt: ihr Sonntagessen.

Der Kirchendiener kommt gelaufen und will die Jungen hinaus scheuchen, die gerade durch den Mittelgang auf den Altar zuwandern. Sie stinken. Ein paar Damen werfen ihnen entrüstete Blicke zu und rümpfen ihre Nasen.

„Fort mit euch“, flüstert der Kirchendiener. „Was habt ihr hier zu suchen? Geht in eure Kirchen, dort, wo ihr hingehört!“

„Aber wir wollen euren Gott um etwas bitten“, flüstert der Ältere, der etwa neun Jahre alt ist. Genau weiß er sein Alter selber nicht. „Wir waren schon mal da, vor ein paar Tagen, als die Kirche leer war, aber da war wohl euer Gott nicht hier. Jedenfalls hat er uns nicht gehört, denn es ist nichts geschehen bis heute. Deshalb kommen wir nochmal, wo ihr alle hier versammelt seid. Denn jetzt ist er sicher da, wegen euch, und muß uns hören.“

-31-

„Schluß mit dem Gefasel“, zischt der Kirchendiener, stellt sich mit ausgebreiteten Armen vor sie hin und schneidet ihnen den Weg zum Altar ab. Aber sie sind wendig, sie haben gelernt, an Polizisten vorüberzuhuschen und an Dienstmädchen, die den Auftrag haben, Mülltonnenwühler zu verjagen. Sie lassen sich los und schlüpfen rechts und links am Kirchendiener vorbei, rennen hin zum Altar, wo sie sich wieder finden und an den Händen fassen. Und noch ehe sich der Kirchendiener von seiner Verblüffung erholt hat, ruft der Ältere zum Kreuz über dem Altar hinauf: „Lieber Gott der Reichen, schenk uns reiche Eltern, solche, die in El Sol wohnen! Denn wir hatten nur eine Mutter, die ist tot. Bitte! Wir schenken dir dafür alles, was wir hier im Sack haben. Es war ein guter Tag, wir haben heute morgen viel gefunden. Wir haben noch nichts davon gegessen, damit du siehst, daß es uns ernst ist.“ Und er läuft die Stufen empor, reckt sich und schwingt seinen Sack vom Rücken auf den Altar.

„Daß du's nur weißt“, fügt er hinzu, „wir haben heute überhaupt noch nichts gegessen.“

Ein paar Damen in den ersten Reihen schreien erschrocken auf. Die Ministranten weichen zurück, der Priester hört auf vorzulesen und starrt verstört den schmutzigen Sack an, der vor ihm auf dem Altar liegt, auf der schneeweißen gestickten Decke, zwischen Liliensträußen und Kerzen. In diesem Augenblick hat der Kirchendiener den Jungen erreicht, hält ihm den Mund zu, zerrt ihn von den Stufen herunter und schiebt ihn vor sich her durch den langen Mittelgang bis zum Portal. Der kleine Bruder stolpert den beiden nach und schluchzt: „Lieber Gott der Reichen, hilf uns doch!“

Er schreit es immer lauter, je näher sie dem Portal kommen. Der Ältere wehrt sich, er beißt dem Kirchendiener sogar in die Finger. Aber es hilft alles nichts, der Kirchendiener ist stärker. Der Jüngere schreit und schreit. Seine Tränen fließen ihm über die schmutzigen Wangen, seine Nase läuft.

Aber er hat ja kein Taschentuch.

Kurz vor dem Portal reißt der Ältere die Hand des Kirchendieners von seinem Mund und ruft: „Er ist ja heute wieder nicht da! Pablito, hör auf zu schreien, er ist nicht da!“ Die Leute in den Bänken starren die Kinder an. Sie sind zornig. Was für ein Spektakel in der Kirche, was für eine lästige und peinliche Störung der Heiligen Messe! Der Priester schweigt noch immer und wartet. Er runzelt seine Stirn. Aber nun ist es dem Kirchendie-

ner endlich gelungen, die beiden Störenfriede hinauszuschieben und die Kirchenstufen hinunterzuscheuchen, Gott sei Dank. Er schließt das Portal. Jetzt sind sie wieder unter sich, die Reichen. Nach dem Gottesdienst beschließen sie, daß künftig ein Wächter am Portal stehen soll, der Bettelkinder gar nicht erst hereinläßt. Überhaupt keine Armen.

-32-

23. Gemeinsames von Pausewang und Scharf

Das Gudrun Pausewang in jungen Jahren aus ähnlichen Quellen (> Eden) wie der vorhin erwähnte Bischof Kurt Scharf geschöpft hat, geht aus dem nachfolgenden Abschnitt aus Pausewangs Buch „Rosinkawiese – Alternatives Leben in den zwanziger Jahren“, 1980 /1983, hervor:

Wie dankbar waren wir dann für jeden Besuch! Außer Erni und dem Kniemann, die auch im Winter ab und zu hereinschauten, kamen vor allem in der kalten Jahreszeit Leute zu uns, die selber eine Siedlung betrieben und sich mit uns beraten und Vergleiche ziehen wollten. Während des Frühlings und Sommers konnten sie ihre Felder und Gärten nicht verlassen.

Es kamen aber auch Leute, die erst vorhatten, eine Siedlung aufzubauen, und bei uns Rat und Orientierung suchten. Ich erinnere mich an endlose Grundsatzdiskussionen. Oft verlor man dabei das Wesentliche aus den Augen und stritt um Nebensächliches. Die Gespräche drehten sich auch um die überall aufblühenden Reformen: die Landschulheime, die Nacktkultur, den Vegetarismus, die Freiland-Freigeld-Theorie des Silvio Gesell. Natürlich gab es auch Utopisten, Träumer und Schwärmer in dieser breitgestreuten Bewegung. Aber alles in allem war es, so meine ich in der Rückschau, eine gute Strömung, die wahrscheinlich die damalige Lebensweise in Mitteleuropa beeinflußt hätte, wäre sie nicht durch die politische Entwicklung in Deutschland erstickt worden.

Wenn der Besuch uns wieder verlassen hatte, sanken wir in die Einsamkeit zurück und fühlten uns wie auf einer abgeschiedenen Insel. (S.78)

24. Das Volk hat sich geändert und die Kirche?

Als nächstes findet sich in der Anlage ein Artikel von Marcus Buchholz aus der HAZ⁷ vom 22. 1. 2002. Der Titel lautet: > „Das Volk hat sich geändert – nun muss sich die Kirche ändern“. Fünf Hamburger Pastoren wollen die evangelische Kirche reformieren / Seelsorge als

7 Falls ich es noch nicht geschrieben habe, die HAZ ist die Hannoversche Allgemeine Zeitung.

„spirituelle Ware“ < Ich weiß gar nicht mehr, ob ich den Artikel schon im Hauptteil von 2002 verarbeitet habe. Hier will ich nur bemerken, daß das Wort von der „spirituellen Ware“ Unbehagen hervorrufen kann, aber im Grunde ehrlich ist, wenn der Begriff dazu transparent gestaltet wird. Hinter allen ideellen Werten und Taten steht doch letztlich eine Nutzenerwartung. Auch bei der Einübung einer weltlichen Selbstaufgabe (von eigenen Bedürfnissen und Begierden) wird am Ende die Erwartung des Eintritts ins Himmelreich stehen. Wenn wir ein Geschöpf Gottes sind, hat er dies auch weise eingerichtet. Diese Eigenschaft ist erforderlich, damit wir als Menschen zielgerichtet denken und handeln können. Die Kirchen müssen nur aufpassen, daß sie nicht blind die manipulierenden Methoden der Werbung der gewerblichen Wirtschaft übernimmt. Man könnte auch sagen beibehält, denn die Manipulationen der Menschen durch die Kirchen ist ja wohl ein eigenes Kapitel. Bei allem geht es aber darum, daß die Kirchen die von Kluge und Negt propagierte Anschlußfähigkeit an den Normalbürger - der im kirchlichen Umfeld eher Unbehagen als Behagen empfindet – behält oder wieder herstellt.

Ich habe auch noch einen achtseitigen Text vor mir liegen, den ich mir im Januar 2002 habe kommen lassen oder aus dem Internet ausgedruckt habe. Der Titel:

„Volkskirche als Freiwilligen Kirche / Thesen des Hamburger Hauptpastorenkollegiums zur 'Zukunft der Volkskirche' II vom 1. Januar 2002“. Ich gebe hier nur zwei

Abschnitte wieder:

25. Thesen der Hamburger Hauptpastoren

II. Grundthese

Wir nehmen wahr, dass in unserer Gesellschaft das Interesse an "Religion" nach wie vor wächst, die Identifizierung mit der Kirche als Institution jedoch nach wie vor abnimmt: Mehr Religiosität geht mit weniger Kirchlichkeit einher. Das bedeutet für uns: Unsere Volkskirche ist in den letzten Jahrzehnten offensichtlich zu einer Freiwilligenkirche geworden. Wenn nur noch ca. 40% der Bevölkerung Mitglieder einer der beiden großen Kirchen sind, ist es ein frommer Wunschtraum, weiterhin im alten Sinn von einer flächendeckend parochial gegliederten Volkskirche auszugehen und die Strukturen aufrechterhalten zu wollen, die einer das ganze "Volk" umfassenden Kirche entsprechen. Das "Volk" hat sich in seiner Einstellung zur Institution Kirche geändert, also hat sich auch die "Volks"-Kirche zu ändern. Dem bei der äußeren Gestaltung unserer Kirche in evangelischer Freiheit Rechnung zu tragen, gebietet gerade die davon unabhängige Befreiungsbotschaft Jesu Christi.

Unsere Volkskirche ist eine Gemeinschaft einzelner Menschen, die an von ihnen selbst ausgewählten Orten und mit von ihnen selbst ausgewählten Menschen zu von

ihnen selbst ausgewählten Themen oder Aktionen freiwillig zusammenkommen und in freier Entscheidung bekunden, woran sie sich orientieren wollen. Unsere Kirche und ihre Gemeinden können und dürfen daher keine in sich geschlossene Systeme mehr sein mit Grundsätzen, die den Anspruch erheben, für alle ihre Mitglieder in gleicher Weise normierend zu wirken, sondern haben - die bewusste Entscheidung jedes Einzelnen achtend - Kirche der Freiheit in der Bindung an die Befreiungsbotschaft unseres Herrn Jesus Christus zu sein. Wir fassen diese Wahrnehmungen in unserer Grundthese zusammen: ...

IV. Ausblick

Die Zukunft der Volkskirche als Freiwilligkeitskirche können wir - wie wir bereits in unserer ersten Studie im Jahre 1994 sagten - nur gewinnen, wenn es uns gelingt, die Kenntlichkeit des Evangeliums in unserer modernen Welt verstärkt herauszuarbeiten. Dazu bedarf es einer verbesserten Sprachfähigkeit des Glaubens, der Intensivierung unserer geistlichen Präsenz, der vorurteilsfreien Nähe zum Menschen und zu seinem individuellen Leben im jeweiligen gesellschaftlichen Umfeld.

Das alles möchten wir heute unterstreichen. Denn nach wie vor gilt: "Wir Hamburger Hauptpastoren erfahren täglich in unserem konkreten Dienst... welche immensen Zukunftschancen unsere Volkskirche hat, sofern sie sich ihrer unausweichlichen Modernisierung und Profilierung nicht verschließt ..." Auf diesem Hintergrund, im unverbrüchlichen Vertrauen darauf, dass Gott mit oder auch gegen uns "seine eine heilige Kirche erhalten und weitertragen wird", bitten wir, das Voranstehende zu lesen und mit uns - wenn es sein muss, natürlich auch kontrovers - zu diskutieren.

Hamburg, Neujahr 2002

Helge Adolphsen, Hauptpastor an St. Michaelis
Dr. Ferdinand Ahuis, Hauptpastor an St. Nikolai
Prof. Dr. Axel Denecke, Hauptpastor an St. Katharinen
Wilfried Kruse, Hauptpastor an St. Petri

26. H.-J. Abromeit zu Israel und Palästina

Von den nächsten beiden Anlagen übernehme ich für den Anhang nur die Titelseiten, weil diese die Internetadressen enthalten, unter denen die kompletten Texte aus dem Internet herunter geladen werden können. Es sind zwei Texte von meinem Namensvetter Hans-Jürgen Abromeit, geschrieben, als er noch kein Bischof in Mecklenburg-Vorpommern war. Der eine Titel heißt: „Die Rede von der 'bleibenden Erwählung‘ Israels – ein zu hoher Preis für die Identität“ und der andere Titel lautet: „Israel und die Kirche Jesu Christi im palästinensischen Volk – Probleme der Evangelischen Kirche in Deutschland mit der doppelten Solidarität!“ H.-J. Abromeit hat sein Vikariat in der Erlöser-Kirchengemeinde Jerusalem absolviert und ist

seit dieser Zeit in Israel/Palastina-Fragen engagiert, ist unter AMOS-Online-Debatte zu lesen. In einer umfangreichen Fußnote auf Seite 3 im Haupttext habe ich schon auf diese Arbeiten hingewiesen und habe unter anderem zitiert:

Die Christen haben ein Problem mit dem Judentum. Dies ist uns in Deutschland besonders grausam bewußt geworden. Warum hat in den zwölf Jahren der Barbarei von 1933 bis 1945 die Kirche nicht aufgeschrien, als staatliche Instanzen planmäßig jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger diskriminierten, ausgrenzten, mißhandelten, deportierten und schließlich liquidierten? Warum klingelten bei solcher Art von "Bruder- und Schwesternmord" nicht bei allen Christinnen und Christen die Alarmglocken? Die evangelische Kirche hat (fast) nichts unternommen, um einem solchen Diskriminieren und schließlich Morden Einhalt zu gebieten. Langsam, allzu langsam, hat sich Erkenntnis durchgesetzt.

Die Christenheit war nicht nur zu feige, um ihre Stimme zu erheben. Das wäre menschlich verständlich, wenn auch eine Art von unterlassener Hilfeleistung. Nein, viele theologische Analysen, exegetische wie kirchengeschichtliche Arbeiten haben gezeigt: Es gibt eine christliche Judenfeindschaft, die das Christentum wie ein dunkler Schatten vom Neuen Testament bis heute begleitet. Diese Antihaltung zum Judentum hat offensichtlich die Entwicklung des rassistischen Antisemitismus begünstigt. Man sah wenigstens keinen Grund, ihm entgegenzutreten. Die christliche Judenfeindschaft ist eine Komponente (wahrlich nicht die einzige, aber eine wichtige) des modernen Antisemitismus geworden.
(Aus „Die Rede ...“)

27. Von der Schuld der Kirchen gestern und heute

Hier geht es um die Schuld gegenüber den Juden. Die theologische Komponente im Antisemitismus halte ich hier allerdings überbewertet und die wichtige ökonomische gar nicht erwähnt. Aus der Distanz läßt sich auch leicht über das Versagen der Kirchen urteilen. Wie ist es denn mit der heutigen Schuld (nicht nur) der Kirchen, die nicht geringer ist als zu Nazi-Zeiten, nur nicht so sichtbar? Rationalisieren – im psychologischen Sinne - die Hauptamtlichen in den Kirchen und die Sprecher der Laien heute weniger als im Dritten Reich? „Mutige Worte“ gibt es, wenn sie nichts kosten, vor allem wenn sie dem Bestand und der Entwicklung der Kirchen nicht gefährden, aber sonst? Schade, daß ich die Kommentare der übernächsten Generation nicht lesen kann.

Aber in dem Gesamtzusammenhang geht es H.-G. Abromeit um die Schuld, die die kirchliche - von Schuldgefühlen gegenüber den Juden geprägte - Politik produziert.

In Bezug auf Israel / Palästina / haben die Israelis und die Palastinenser eine Eigenverantwortung für das, was sie tun. Aber der Westen (die Engländer gestern, die Amerikaner heute und die Deutschen gestern und heute) hat doch das Elend im gesamten Nahen Osten nicht aufgehoben sondern verschlimmert. Ohne die Vernichtungs- und Vertreibungspolitik der Nazis und ohne die durch Schuldgefühle diktierte Wiedergutmachungspolitik der BRD wäre Israel in der jetzigen Form nicht entstanden und die Palastinenser nicht ins Elend gestürzt worden. Wo haben deutsche Kirchen und die BRD als ganzes, die Palastinenser und Israelis unterstützt, die den Frieden durch eine Konföderation herstellen wollten? Unser Philosemitismus ist genauso blind wie unser Antisemitismus.

Im Anhang zu meinem Text 18. „Agenda Niedersachsen 2001 – erster Teil“ vermutlich unter der Ziffer 18.2.1 finden sich Dokumente, wo um eine Unterstützung für eine Föderation von Israel, Palästina und Jordanien geworben wird. Die Hilfe aus Deutschland war mehr als spärlich. Ich hatte Anfang der 70er Jahre Kontakt zu dem Israeli Joseph Abilea, dem Sekretär der Gesellschaft für Nah-Ost Konföderation. Wie ich jetzt in der (auflagenmäßig) kleinen Zeitung meines Mitstreiters Georg Otto lese, war Abileah Pfarrer der arab.evang. Gemeinde Haifa. (Alternativen Nr. 59 / demnächst bestimmt unter www.alternativen.biz)

28. Die vergessenen Christen

H.-J. Abromeit weist auf Folgendes hin:

Mehr Christen als Juden im Nahen Osten

Ein Blick auf die Zahlen von Juden und Christen im Vorderen Orient zeigt uns die Auswirkung dieser Fokussierung des Interesses auf Israel. Obwohl im Nahen Osten gegenwärtig nur 4,51 Millionen Juden leben, aber immerhin fast 10 Millionen Christen in den verschiedenen Ländern von Ägypten über Israel, Palästina, den Libanon, Syrien und Jordanien bis hin zum Iran zu finden sind, so findet doch das Thema Israel in der kirchlichen Öffentlichkeit eine wesentlich größere Aufmerksamkeit als die Probleme der Christen in den überwiegend arabischen Ländern dieser Region. In der Regel ist im Westen die Existenz der arabischen Christengemeinden sogar unbekannt. Das gilt in besonderer Weise auch für die arabische Christenheit Palästinas.

http://www.amos-blaetter.de/201_Abromeit_Israel_und_Kirche.html05.02.02

((Zum Thema Palästina Stichwort „Manifest der 25“ eingeben oder www.uni-kassel.de/fb5/frieden/religionen/Israel/manifest.html))

29. Einsatz des Christen für Gerechtigkeit

In dem zuerst zitierten Papier heißt es bei H.-J. Abromeit:

Ein Christ oder eine Christin kann sich nie unbedingt an ein Volk oder einen Staat binden, auch nicht zugleich an Israel und an das Volk der Palästinenser. Vielmehr wird die Aufgabe darin liegen, als Christ oder Christin aus Deutschland mit nach Gerechtigkeit und Frieden strebenden Israelis und nach Gerechtigkeit und Frieden strebenden Palästinensern eine neue Gemeinschaft zu bilden.

Diese Aussage sollte für jeden Deutschen / jede Deutsche gelten. Es genügt aber nicht nur ein Gefühl der Gerechtigkeit für beide Seiten zu entwickeln, sondern manchmal auch offene Stellung gegen wahrgenommene Ungerechtigkeit zu beziehen – auch wenn zur Aufrechterhaltung des eindimensionalen Denkens mit der Faschismuskeule gedroht wird.

30. Wege zur Einmischung zeigen!

„In tiefer Sorge um die Zukunft der Welt / Religionsführer aus aller Welt beim Papst in Assisi“ (HAZ 25. 1. 2002), „Bischof erwartet Neu-Orientierung“ und „'Die Welt verändern' Bischöfin Margot Käßmann: Der Evangelische Kirchentag in Hannover soll junge Leute ermutigen und Lust aufs Einmischen wecken“ (OZ 21. / 22. Mai 2005) Aus diesen Schlagzeilen bzw. Anlagen spricht die Besorgnis vor einer ungunstigen Entwicklung, aber durch die Wiederholung ohne Anleitung die Haltung: „Wasch´ mir das Fell, aber mach mich nicht naß!“ Bei der Kompliziertheit unserer Gesellschaft⁸ ist die Aufforderung zum Einmischen fast schon eine unanständige Überforderung, wenn den angesprochenen Menschen nicht gleichzeitig ein Weg oder ein Werkzeug des Einmischens aufgezeigt wird. Lichterketten und Demonstrationen bringen allenfalls eine emotionale Entlastung für die Beteiligten, sind aber noch keine Bausteine für eine bessere Gesellschaft. Es ist der Fluch unserer Stellvertretergesellschaft, daß das Volk nicht in der Lage ist (mit einer Beteiligung von wenigstens 10 bis 30 % der Bürgerinnen und Bürger), die Gesellschaft als erstrebenswertes Ziel neu zu formulieren. Der Verfassungsverrat der politischen Parteien in der Wende lastet wie Blei auf der Volksseele, ohne daß sich das Volk dessen bewußt ist, und ohne daß die Seelsorger ihn zum Thema auf der Kanzel oder im Gespräch mit den noch aktiven Gemeindemitgliedern machen. .

⁸ Der verstorbene Astrophysiker Peter Kafka unterscheidet zwischen Kompliziertheit und Komplexität. Die Komplexität ist das Ergebnis einer Evolution. Die Kompliziertheit ist zum Scheitern verurteilt.

31. Ein Mut- und Muntermacher für die Demokratie

31.1 laut Pressedienst

Die Katholische und die Evangelische Kirche haben gemeinsam eine Erklärung zur Demokratie abgegeben. Die Nachrichtenagentur idea meldet:

„Die Herausforderung für die Demokratie ist riesig und die Resignation groß“, sagte der EKD-Ratsvorsitzende, Bischof Wolfgang Huber (Berlin), bei der Vorstellung des Papiers „Demokratie braucht Tugenden“ in Berlin. Der christliche Glaube gebe aber die Zuversicht, schwierige Zeiten zu bestehen und neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Die Erklärung wurde von einer Kommission unter Vorsitz des früheren Präses der Synode der EKD, Bundesminister a.D. Jürgen Schmude (Moers), und des Trierer Diözesanbischofs Reinhard Marx erarbeitet. Huber zufolge wollen die Kirche mit der 45-seitigen Erklärung den politisch Verantwortlichen Mut machen, die sozialen Reformen so anzupacken, dass der Sozialstaat erhalten, die Familie gestärkt und die Arbeitslosigkeit mit ganz anderem Mut als bisher bekämpft wird. „Ethisches Herzstück“ seien „Orientierungen für eine politische Tugendlehre aus christlicher Perspektive“. Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann (Mainz), sagte, durch die hohe Massenarbeitslosigkeit und die Überalterung der Gesellschaft habe sich in den zurückliegenden Jahren die politische, wirtschaftliche und soziale Situation des Landes weiter verschärft. Notwendige und auf Nachhaltigkeit angelegte Reformen würden aber auf die lange Bank geschoben. Lehmann: „Unser demokratisches Gemeinwesen steht vor Aufgaben, die mit Routinepolitik nicht zu bewältigen sind. Mit kleinen Schritten und gelegentlichen Appellen an den Patriotismus sind die heute notwendigen Veränderungen nicht zu erreichen.“ Der katholische Bischof Marx bezeichnete das Papier als einen „Munter-, ja Hoffnungsmacher“, der Wähler und Gewählte gleichermaßen betreffe.

Ist die Demokratie in Deutschland sicher?

Das Gemeinsame Wort räumt ein, dass auch die Kirchen ihre Zeit gebraucht haben, den Wert der Demokratie schätzen zu lernen. Vor diesem Hintergrund sei es um so wichtiger, für diese Staatsform einzustehen und sie nach Kräften zu unterstützen. Das gelte erst recht, wenn sie herausgefordert oder gar gefährdet sei. Widersprochen wird der These, die Demokratie sei in Deutschland sicher. Im Gegenteil müsse sie immer wieder neu verteidigt werden – durch den Einsatz des Einzelnen und durch die Arbeit der Gewählten. Um dies zu erreichen, müssten die Tugenden gestärkt werden, die allerdings nicht einzeln aufgelistet sind.

Christen zum Einsatz für das Gemeinwohl berufen

Abschließend heißt es in dem Gemeinsamen Wort: „Nicht von Institutionen allein, nicht von der wirtschaftlichen Lage an sich hängt es ab, ob Freiheit, Sicherheit und Wohlstand auch künftig gewährleistet werden. Die Menschen sind es, die dieses Ziel erreichen können: mit ihrem Ideenreichtum und ihrer Kraft, aber vor allem mit ihren Tugenden als verantwortungsvoll für das Gemeinwohl und für die weitere Verwirk-

lichung der Demokratie Handelnde. Christinnen und Christen sind dazu von ihrem Glauben her besonders aufgerufen und befähigt. In allem politischen Handeln und in jeder politischen Rolle wissen sie sich angenommen und ermutigt durch Gott.“ Mitglieder der Kommission für das Gemeinsame Wort waren unter anderen die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und EKD-Synodale Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen), der CDU-Bundestagsabgeordnete Hermann Gröhe, der auch dem Rat der EKD angehört, der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Christoph Böhr sowie die Professoren Richard Schröder und Gesine Schwan (beide SPD).

31.2. laut HAZ

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung berichtet darüber am 24.11.2006 in der Rubrik Politik wie folgt:

Bischöfe bangen um die Demokratie

Die Kirchen fordern die Rückbesinnung auf die Tugend in der Politik auch von den Bürgern

VON MICHAEL B. BERGER

Berlin/Hannover. Die beiden großen Kirchen machen sich Sorgen um den inneren Zustand der Demokratie. In einer 50-seitigen Denkschrift unter dem Titel

„Demokratie braucht Tugenden“

fordern sie von den Politikern, mehr Mut zu zeigen. Sie sollten sich nicht von populistischen Erwägungen leiten lassen, sondern in Grundsätzen standhaft bleiben. „Auch das scheinbar größte politische Risiko, das Risiko einer Wahlniederlage, muss eine verantwortungsbewusste Politik gelegentlich in Kauf nehmen“, heißt es in der kleinen Denkschrift, die der katholische Kardinal Karl Lehmann und der evangelische Bischof Wolfgang Huber gestern in Berlin vorstellten.

Kardinal Lehmann findet Meinungsumfragen Besorgnis erregend, nach denen 51 Prozent der Deutschen mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind. Dann sei die Sorge nicht unbegründet, dass die ungelösten Probleme in der Arbeits- und Sozialpolitik „das System unserer Demokratie insgesamt infrage stellen könnten“, sagte Lehmann. Bischof Huber warnte vor der Vorstellung, die Demokratie sei von vornherein ein „Selbstläufer“ egal, ob sich die Menschen um ihre Fortentwicklung kümmern.

Die demographische Entwicklung der Bevölkerung, ihre Überalterung sowie die Massenarbeitslosigkeit seien Probleme, „die nicht mit Tagesroutine“ gelöst werden können, erklären die Kirchen und schützen die Politiker in bemerkenswerter Weise vor falschen Inanspruchnahmen, etwa durch die Verbände und Interessenorganisationen. Auch die Medien versuchten zu oft, selbst Politik zu machen, indem sie Sachinformation und Wertung vermischten. Die Politiker werden aufgefordert, viel öfter den Mut zu haben, „notwendige Wahrheiten zu sagen, die nicht gern gehört wer-

rer Arbeit mag sogar gut sein. Das macht aber nicht übersehbar, daß sie aus dem Kreis von Menschen ausgesucht wurden, die die Fehlentwicklung unserer Gesellschaft zu vertreten haben.

„Die kleine Denkschrift ist auch ein flammendes Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie.“
„'An die Forderung nach direkter Demokratie knüpfen sich zum Teil illusionäre Erwartungen', heißt es. Durch Volksentscheide ließen sich keine komplexen Sachentscheide treffen.“
„Ausdrücklich loben die Kirchen die Parteiendemokratie.“

Hier drängt sich mir folgender Verdacht auf:

Erstens: Die beiden Kirchenhierarchien verteidigen eigene Stellvertreter-Privilegien. Was wäre, wenn das Kirchenvolk auf die Idee käme, Kirchenvolksentscheide zu fordern und die Kirchenoberen mittels eines solchen Beschlusses z.B. als Pflegepersonal in die Krankenhäuser zu schicken?

Zweitens: „Ihr, das Volk, dürft und sollt über die Demokratie reden. Was aber Demokratie ist, daß habt ihr nicht zu bestimmen.

Drittens: Das Modell der direkten Demokratie soll mit seinen Möglichkeiten und Einschränkungen gar nicht erst diskutiert werden, weil es sich dann nicht mehr - wie bisher - weitgehend von der Tagesordnung verdrängen läßt.

Viertens: In einer wirklich offenen Demokratiediskussion könnte ja zu Tage treten, daß es a) zwischen repräsentativer und direkter Demokratie ein weites Feld für privatrechtliche Föderationen zu bearbeiten ist und es b) noch ganz andere Demokratiemodelle gibt. (Der Expriester und Gelehrte Johannes Heinrichs hat sein Buch „Revolution der Demokratie“ vorgelegt und arbeitet mit Freunden per Internet an der Verbreitung seiner Ideen. Bei Interesse das Stichwort *Viergliederung* in die Suchmaschine eingeben.)

Fünftens drängt sich der Verdacht auf, bei der ganzen Aktion handelt es sich um ein politisches Geschäft. Die Parteienherrschaft bröckelt offensichtlich und auch der Einfluß und das Einkommen der „Volkskirchen“ schrumpft. Die Kirchenfürsten starten eine Entlastungsoffensive für den Parteienklüngel und erwarten dafür, daß die Parteien als Gegenleistung den Staat benutzen, um die privilegierten Kirchen in der nächsten Zukunft vor allzu großem gesellschaftlichen Ungemach zu schützen. Da werden natürlich keine Verträge geschlossen. Wenn so etwas läuft, dann in Art der Frühstückskartelle. (Das ist als Möglichkeit formuliert und nicht als Tatsachenbeschreibung.)

Und dann dieser Satz: „Und Bürger, die vom 'Vater Staat' eine Rundumversorgung forderten, legten eine Untertanenhaltung an den Tag.“ Diese Mentalität trifft man in der Realität tatsächlich an. Aber wer hat denn diese Mentalität zur Stützung der eigenen Macht gefördert? Es sind doch die Parlamentarier und Parteien, die das Publikum mit dieser Droge abhängig gemacht haben.

33. Ökonomische Bedrohung und Entwicklung

Ich will diese Arbeit mit ein paar Anmerkungen zu zwei Leitartikel abschließen. Matthias Koch schreibt in der HAZ unter dem Titel „Globale Wirtschaft – Angriff aus Asien“ am Schluß:

Die Kanzlerin „sprach am Vorabend der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007, in aller Zurückhaltung schon mal eine Gegenstrategie an: 'Globale Soziale Marktwirtschaft.'“ ...

„Der Weg zu einer 'Globalen Sozialen Marktwirtschaft' wird mühsam sein. Die Alternativen aber mag man sich nicht ausmalen. Es geht um ein zentrales, die nächsten Jahrzehnte prägendes Projekt, das in Deutschland innenpolitisch nicht ernsthaft umstritten sein kann. Bereits jetzt erscheinen frühere parteipolitische Konflikte lächerlich, sie passen nicht mehr in die Zeit. Der Angriff aus Asien verlangt die Verteidigung dessen, was beiden großen Parteien gleichermaßen wichtig ist.“

Eine globale Soziale Marktwirtschaft wäre tatsächlich eine Lösung: Freie weltoffene Märkte mit Vollbeschäftigung und Leistungsgerechtigkeit. Keine kapitalistischen Verwerfungen und Verzerrungen. Muße für die schönen Künste und zum Beten. Nur müssen wir dieses Modell erst einmal bei uns realisieren. Daß was uns von der Politik und Journalistik als „Soziale Marktwirtschaft“ beschrieben oder angeboten wird, ist eine große Propagandalüge.

Klaus Ehringfeld schreibt gegen Schluß seines Artikels in der HAZ vom 5. Dez. 06 unter dem Titel „Lateinamerika – Geteilte Linke“ gegen den Schluß u.a.:

Die 'Wiedergeburt sozialdemokratischer und sozialistischer Alternativen ist die Folge des Versagens der traditionellen Parteien und des neoliberalen Wirtschaftsmodells. Als Reaktion auf die Schuldenkrise der achtziger Jahre diktierte in

vielen Ländern der Internationale Währungsfonds (IWF) weitgehend die Politik. Strenge Haushaltskonsolidierung, Privatisierung und der Versuch, die nationalen Unternehmen wettbewerbsfähig zu machen, waren der Dreiklang, dem fast alle Regierungen folgten. Die Sozialpolitik und vor allem die Armutsbekämpfung blieben da weitgehend auf der Strecke - auch weil der Schuldendienst oft die letzten staatlichen Reserven fraß.

Im neoliberalen Jahrzehnt sind in Lateinamerika oft die Staatsfinanzen saniert worden. Dabei wurden wenige reich, aber viele ärmer - und der Aufstieg der Linken begünstigt. Beispielhaft dafür ist das Schwellenland Mexiko. Während der Telekommunikationsunternehmer Carlos Slim mit rund 35 Milliarden Dollar Privatvermögen der drittreichste Mensch der Welt ist, überleben 17 Millionen seiner Landsleute laut Weltbank mit einem Dollar, weitere 26 Millionen mit zwei Dollar am Tag.

Oft geht der Aufstieg linksgerichteter Regierungen mit der Absage an die traditionellen, zumeist korrupten Parteien einher, die von der Bevölkerung abgestraft werden. Jetzt profitieren Politiker, die unvermittelt mit einer diffusen Mischung aus linker Ideologie und Nationalismus ins Rampenlicht treten und versprechen, das soziale Leid der großen Mehrheit der Bevölkerung zu lindern. Hugo Chávez, gerade wiedergewählt, ist zum Prototypen dieser Entwicklung avanciert.

Das sind auch unsere Aussichten. Die Menschen sind aus einem natürlichen Selbsterhaltungstrieb heraus lieber Sklaven mit einem vollen Magen, als freie Menschen mit leerem.

Für die Propaganda, daß Freiheit und Wohlstand eben nicht gleichzeitig zu haben sind, lassen sich unsere politischen Parteien gut bezahlen. (TA. Parteimitglied seit 1967)

34. Die Nachträge

a) Bevor ich meinen Rechner abgeschaltet habe, habe ich nachgeschaut ob ich noch Post in meinem E-Brief-Kasten habe. Die nachfolgende Nachricht dürfte hier auch noch interessieren. Den kommentierte Zeitschriftentitel füge ich als letztes Blatt dem Anhang I bei. Die Zinsströme sind beachtlich, die Kirchen möchten sie gerne via Stiftungen für sich anzapfen. Das hier in den Zinszahlungen (für die einen Belastung und für die anderen Ertrag) der Hauptgrund für die zunehmende Armut nicht nur in Deutschland⁹ liegt, wird gerne übersehen oder mit großartigen Sammelaktionen übertüncht. Wer berichtet schon darüber, daß die Spenden insgesamt vielleicht nur 1% von dem jährlichen Zinsvolumen ausmachen.¹⁰ Die Spenden

⁹ Heute, am 5. 12. 06 wurde in den Nachrichten ein neuer Armutsbericht vorgestellt.

¹⁰ Ich habe mal nachgerechnet: Mit Hilfe von www.spendenrat.de komme ich für 2005 auf rd. 1,6 Milliarden Spenden in 2004. Das sind 0,486% der Zinslast 2005. Und bei den Spenden kommt - wenn ich in der Schnelle richtig gelesen habe - die Hauptsumme auch nicht von den Reichen, sondern eher von den Armen.

der Reichen müssen die Armen selber finanzieren.

b)

Liebe Freunde in Berlin,

prima, dass Eure Zinsbombe so groß in der fairconomy als Titel gebracht wurde. Warum aber so bescheiden mit der Zahl, die sich ja

nur

auf die Zinslasten des Staates bezieht (was man, wenns geht, als Vermerk klein drunter setzen sollte!). Auch die gut vier Mal so

große Zinslast

der Unternehmen und Privathaushalte hat den gleichen Sprengstoff in sich!

Und hier die letzten Zahlen, bezogen auf 2005:

Bankzinserträge: 329 Mrd, abzüglich Staat 64 Mrd = "Rest" 265 Mrd

Und zum Vergleich die Schulden 2005:

Schulden Privathaushalte:	1.569 Milliarden Euro
Schulden Unternehmen:	3.634
Schulden Staat:	1.592 (Zinszahlungen 64 Mrd)

gesamt: 6.795 Milliarden

(alle Zahlen Bbk)

Die Zinserträge der Banken sind nach ihrem Höhepunkt 2001 mit 382 Mrd und dem Tiefpunkt 2005 mit 304 Mrd, dank der steigenden

Zinssätze

in 2005 mit 329 Mrd wieder auf gutem Kurs!

Beste Grüße, Helmut

Aachen, 5. 12. 2006

c) Als ich heute in der Arztpraxis darüber nachdachte, ob ich meine Befürchtung, die darin besteht, daß in der Mehrzahl Politiker lieber die Demokratie und die kirchlichen Würdenträger lieber ihren Gott aufgeben würden als ihr Amt – das nährt und Bedeutung verleiht -, offen aussprechen soll, kam mir beim Blättern in der Zeitung die Schlagzeile „Gottesdienst, gerne auch ohne Gott“ der Süddeutschen Zeitung vom 6. 12. 06 vor die Augen. (Siehe Anlage I)

d) Ich hatte mir die SZ wegen der nachfolgenden Schlagzeilen und dem Vorspann gekauft:

Zehn Millionen Deutsche von Armut bedroht

Jeder Achte muss mit 856 Euro im Monat auskommen /
Viele verzichten auf Arztbesuch und sparen beim Heizen

Von Michael Tibudd

Berlin - In Deutschland sind 10,6 Millionen Menschen und damit 13 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht. Unter ihnen befänden sich 1,7 Millionen Kinder, teilte das Statistische Bundesamt am Dienstag in Berlin mit.

Als gefährdet gilt, wer mit 856 Euro in Monat auskommen muss.

...

Der Paritätische Wohlfahrtsverband bezeichnete die Zunahme von Armut in Deutschland als alarmierend. Die neuen Zahlen des Statistischen Bundesamtes bestätigten einen besorgniserregenden Anstieg, sagte die Verbandsvorsitzende Barbara Stolterfoht in Berlin. Die Armut sei mittlerweile weiter gestiegen.

Bereits Anfang Oktober hatt SPD-Chef Kurt Beck gewarnt, in Deutschland gebe es ein wachsendes „Unterschichten-Problem“. Anlass der Äußerung Beck's war eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die zu dem Ergebnis gekommen war, dass acht Prozent der Deutschen am Rand der Gesellschaft leben.

In Ostdeutschland sollen es mehr als dreimal so viele sein. ...

856 € im Monat macht 10.272 € pro Kopf im Jahr. Rechnen wir die Zinslast einmal pro Kopf und Jahr um, damit wir sie mit der Zahl der Zahl der Gefährdungsgrenze vergleichen können.

<u>Zinsen 2005</u>	<u>Einwohner IV. Quartal 2005</u>	=	<u>Pro Einwohner und Jahr Zinsen</u>
329.000.000.000 € :	82.463.000	=	3.989,66 €
	<u>Erwerbstätige</u>		<u>Pro Erwerbstätiger u. Jahr an Zinsen</u>
329.000.000.000 € :	39.176.000	=	8.397,99 €
	<u>Arbeitnehmer</u>		<u>Pro Arbeitnehmer u. Jahr an Zinsen</u>
329.000.000.000 € :	34.818.000	=	9.449.13 €

Nun kann eingewendet werden, daß es ja nicht nur Zinslasten sondern auch Zinserträge gibt, daß die Zinslast pro Kopf gar nicht so hoch ist. Nur, die Zinserträge verteilen sich nicht gleichmäßig, sondern 8/10 zahlen mehr Zinsen als sie erhalten, bei 1/10 ergeben die Zinsströme ein Plus-Minus-0 und der wirkliche Ertrag konzentriert sich bei dem letzten Zehntel. Und in der obigen Zinssumme ist noch nicht die Verzinsung des Eigenkapitals der Unternehmen in Form von Dividenden und Ausschüttungen für andere Beteiligungsarten enthalten. Die ganzen Vorgänge sind in einer Neiddiskussion schlecht aufgehoben und es hat auch wenig Sinn, die Probleme, deren Lösung eine Frage von Wohl und Wehe, von Krieg und Frieden ist, an Personen aufzuhängen. Wohin das führt, haben wir an den Juden in der Geschichte und zeitnahe unter dem Nationalsozialismus gesehen. Auch die Beschränkung auf die Fakten ohne Erklärungen, wie im folgenden Bericht - der auf einer Innenseite der SZ (gleiche Ausgabe) zu lesen ist - hilft nicht weiter:

Reichster Schweizer hat 26 Milliarden Franken

Bern - Die Superreichen in der Schweiz werden immer Reicher: Die 300 reichsten Bewohner des Landes besaßen in diesem Jahr zusammen 455 Milliarden Franken (286 Milliarden Euro) - 55 Milliarden Franken mehr als 2005. Das geht aus einer Erhebung des Wirtschaftsmagazins Bilanz hervor/Reichster Bewohner ist der schwedische Ikea-Möbelmagnat Ingvar Kamprad mit einem Vermögen von 25 bis 26 Milliarden Franken. Es folgen die Familien Hoffmann und Oeri mit ihrer Mehrheit am Pharma-Riesen Roche mit bis zu 21 Milliarden Franken, dpa

Das sind nun Zahlen für die Schweiz, aber solche Verwerfungen in der Vermögensverteilung finden wir auch in Deutschland und diese haben wenig mit Leistung und unternehmerischer Tüchtigkeit zu tun. Sie sprengen aber letztlich das demokratische System, daß eher an eine Verteilung von Einkommen und Vermögen entsprechend der Streuung von Intelligenz und körperlicher Geschicklichkeit ausgerichtet ist. TA

oooooooo

Liebe Listenleserinnen und -leser,
wir wissen es zwar, aber es in der Süddeutschen Zeitung zu lesen, gibt der Information noch mehr Gewicht: Den reichsten zwei Prozent der Weltbevölkerung gehört das halbe Privat-Vermögen rund um den Erdball.

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/artikel/849/93756/>

Ich habe das mal zur Laufschrift auf der Startseite von www.nwo.de gemacht, zusammen mit einem Statement, das passt wie die Faust aufs Auge.

Herzliche Grüße, Anselm Rapp

(Ein Bericht in der SZ, den ich gestern - 6. 12. 06 - übersehen habe.> Anhang I / TA)